Nummer 28 — Hannover, 9. Juli 1932 — 41. Jahrgang

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreigespalt. Petitzeile.

Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postscheckkonto: Nr. 358 15 Postscheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. H. Meister & Ko., beide in Hannover.

Redaktionsschluß: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawerenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M, Rathenauplatz 3. Fernsprechanschlüsse 2 28 41 und 2 28 42.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Schlagt die Mörder unserer organisierten Kollegen und Genossen! Wählt am 31. Juli sozialdemokratisch!

Kämpfer und Kämpferinnen der Eisernen Front!

Ihr habt seit Jahrzehnten den Kampf für die Einheit und Freiheit Deutschlands geführt. In Euren Herzen lebte selbst noch in den letzten Jahren der Entbehrung und Bitterkeit die Hoffnung auf den sozialen Volksstaat, auf ein neues Deutschland. Ihr habt seine Grundlagen geschaffen. Ihr wolltet es ausbauen zu einer Heimat für alle Deutschen.

Statt dessen kam die Not. In allen Ländern der Welt stieg die Flut der Arbeitslosigkeit.

In Deutschland feiern Millionen und aber Millionen Hände. Ihr Schicksal ist Armut und Hunger.

Die letzte Notverordnung der getarnten Hitler-Regierung überantwortete die Arbeitslosen der Armenpflege. Selbst den Opfern des Krieges und den Invaliden der Arbeit wurde die kümmerliche Rente gekürzt.

Die letzten Wochen zeigten Euch, was das „Dritte Reich" bringen wird. Wer nichts besitzt, ist vogelfrei. Wer wenig hat, dem soll auch das Wenige genommen werden. Wer viel hat, dem hilft der Staat. Zugleich mit den neuen Uniformen für die SA. sind den Arbeitern, Angestellten und Beamten neue Notverordnungsjacken verpaßt worden. Das schaffende Volk in Stadt und Land trägt die graue Uniform des Elends.

Der Preis, den das neue Kabinett für die Tolerierung an Hitler zu zahlen hatte, war die Auflösung des Reichstages, die Aufhebung des eben erlassenen Verbotes der Hitlerschen Privatarmee und die Auslieferung Preußens an die Nationalsozialisten.

Die braune Garde Hitlers marschiert wieder und durchbricht alle Schranken der Ordnung. Ermutigt durch die Reichsregierung und auf deren Versprechungen pochend ist die SA. zum offenen Kampfe gegen einzelne Landesregierungen angetreten, um sie unter ihre Botmäßigkeit zu zwingen. So kündigt sich das „Dritte Reich" an, in dem die Todfeinde des werktätigen Volkes nach ihrer Willkür herrschen wollen, das Deutschland, in dem es zweierlei Recht und zwei Nationen gibt: die Nation der Bevorrechteten und die Nation der Hungerlöhner und Almosenempfänger.

Für die arbeitende Masse die Hungerpeitsche!
Für die großen Kapitalisten in Stadt und Land die „Wohlfahrtsunterstützung" der Subventionen!
Für die Schergen des Kapitals neue Uniformen!

Darin erschöpft sich die Kunst der neuen Regierung, die sich berufen fühlt, Deutschland wirtschaftlich und moralisch wieder aufzurichten.

Die Regierung, die heute das Steuer des Reiches in Händen hält, mißachtet den Willen der überwältigenden Mehrheit des Volkes, die am 13. März und 10. April für Hindenburg stimmte, um Demokratie und Republik zu retten. Sie stützt sich auf die Kräfte, die die Gewalt auf ihre Fahnen geschrieben haben und tagtäglich mit kaum zu überbietender Brutalität den Bürgerkrieg schüren.

Wo Gewalt vor Recht geht, gibt es keine Freiheit und keine Sicherheit.

Der Sieg der Gegenrevolution würde Euch wehrlos denen preisgeben, die aus dem Kriege nichts gelernt haben, als auf Volksgenossen zu schießen.

Männer und Frauen der Eisernen Front! Dahin darf es nicht kommen.

Deutschland darf nicht der Diktatur einer politisch unfähigen Clique ausgeliefert werden. Es muß verhindert werden, daß sich die SA. zum Herrn der Straße macht und den letzten Rest staatsbürgerlicher Freiheit zertrampelt. Der Kampf gegen diese Feinde des Volksstaates und ihre Bürgerkriegsgarden ist Eure geschichtliche Aufgabe. Es ist ein Kampf um Eure Freiheit.

Der 31. Juli ist ein Schicksalstag im Freiheitskampfe des deutschen Volkes.

Männer und Frauen des schaffenden Volkes! Setzt Euch zur Wehr gegen die Verknechtung, kämpft gegen die vereinten Kräfte der Reaktion!

Schart Euch um das Freiheitsbanner der Eisernen Front!

Schmückt Euch mit den Symbolen des Kampfes! Tragt die drei Pfeile durch die Straßen, in die Betriebe, auf das Land hinaus! Millionenfach brause Euer Freiheitsruf durch Stadt und Land, die Freunde weckend, die Feinde schreckend!

Ihr werdet siegen, wenn Ihr einig seid!

Reichskampfleitung der Eisernen Front.

Jeder sozialdemokratische Wähler ist ein Kämpfer für Freiheit, Kultur und Humanität! Wählt Liste 1!

Wochen der Entscheidung.

Die organisierte Arbeiterschaft muß Deutschland vor dem Chaos bewahren.

Die politische Lage in Deutschland spitzt sich immer mehr zu. Zu den unermeßlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen das deutsche Volk und ganz besonders die deutsche Arbeiterschaft schon seit Jahren zu kämpfen hat, gesellen sich fast mit jedem Tage, mit jeder Woche neue politische Bedrängnisse. Wie groß die innerpolitischen Gefahren waren, von denen das Deutsche Reich in den letzten Tagen bedroht war, wird man in fürchterlicher Klarheit vielleicht erst dann sehen, wenn eine vorurteilslose und objektive Geschichtsschreibung die Ereignisse des Jahres 1932 mit historischer Treue aufzeichnen wird. Dann wird manchen Staatsbürger noch nachträglich das Grauen packen, wenn er sieht, an welchen entsetzlichen Abgründen das Deutsche Reich und das deutsche Volk vorbeigetaumelt sind und wie wenig oft daran gefehlt hatte, Deutschland in ein politisch und wirtschaftlich gleich verhängnisvolles Chaos zu stürzen.

Wie wenig daran gefehlt hat? Die Gefahren sind noch nicht gebannt, sind noch nicht überwunden. Die nächste Zukunft, der das deutsche Volk entgegengeht, ist alles andere eher als erfreulich und rosig. Nicht wirtschaftlich und nicht politisch!

Die Arbeitslosigkeit hat im Frühjahr und zu Beginn des Sommers kaum eine Verminderung erfahren. Die von den Nationalisten aller Schattierungen unterstützte Reichsregierung von Papens hat noch keine Zeit gefunden, zur Lösung dieser dringlichsten aller Lebensfragen, die das deutsche Volk angehen, etwas zu tun. Sie hat kaum Zeit gefunden, ein Wort dazu zu sagen. Das Reichskabinett beschäftigt sich vielmehr mit Problemen rein politischer und sozialpolitischer Art. Als ob die ungeheure Wirtschaftsnot nicht die Grundursache mit wäre zu den fast unüberwindlichen politischen Schwierigkeiten, von denen sich Deutschland und noch mehr Deutschlands Regierung jetzt umfangen sieht. Anstatt diesem Grundübel zu Leibe zu gehen, anstatt das Übel an der Wurzel zu packen, doktert man an den Symptomen herum und zu allem Überfluß noch mit Mitteln, die sehr bedenklich an die bekannten Hausmittel des guten Dr. Eisenbart erinnern. Neue gewaltsame Herabsetzungen der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen, neue Einschränkungen der kargen Unterstützungssätze in den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung, neue steuerliche Belastungen der großen Volksmassen sollen helfen, die leeren Reichskassen zu füllen und der Wirtschaft einen neuen Lebensimpuls zu geben. Mittel, die in milderem Ausmaße schon die Regierung Brüning mit bestem Mißerfolge für die Wirtschaft angewandt hatte, versuchen die Nachfolger auf den Ministersesseln des Deutschen Reiches noch einmal in der beneidenswerten Hoffnung, daß eine Medizin einem Kranken vielleicht helfe, wenn sie in zehnfach konzentrierter Lösung und von einem anderen Arzt gegeben wird. Es wird nicht helfen, man wird nichts erreichen, als daß das Elend noch größer wird, als daß noch mehr Arbeitslose in dumpfer Erbitterung dahinleben und noch mehr Kinder hungern und die verzweifelnden Mütter um Brot bitten werden, als daß die täglichen Meldungen von Selbstmorden aus wirtschaftlicher Not immer zahlreicher werden.

Die aber, die sich zu Sprechern der Hungernden und Elenden berufen fühlen, die zu Anwälten der darbenden und verzweifelnden Massen geworden sind, werden als Hetzer und Demagogen, als Staatsbürger minderen Rechts hingestellt. Und um das Maß des Unrechts vollzumachen, versucht man noch, ihnen alle Schuld an den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Krisen aufzubürden. Von der Dolchstoßlüge bis zur marxistischen Wirtschaftsführung bleibt keine Verleumdung, keine Unwahrheit unversucht, um für eigene Sünden einen fremden Schuldigen zu finden. Das gilt sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Beziehung. Für die Wirtschaftskrise sind die marxistischen Gewerkschaften verantwortlich, die den armen vergewaltigten Unternehmern ihren Willen brutal aufgezwungen haben, und an unserem politischen Elend die Sozialdemokratie, „die nun 14 Jahre lang die Macht hatte" und alles verschuldete, was heute im politischen Leben Deutschlands in Trümmern liegt, alles Lügen, die zu blöd sind, um darauf antworten zu müssen.

Indessen verschärft und verschlechtert sich die inner- und außenpolitische Lage Deutschlands immer mehr. Bei den Lausanner Reparationsverhandlungen gelang es den deutschen Vertretern nicht, irgendwelche Vorteile zu erzielen, trotzdem die Situation ihnen nicht ungünstig war. Die Hoffnung auf eine baldige günstige Lösung des Reparationsproblems ist damit wieder zunichte geworden. Und innerpolitisch wird die Regierung Papen die Geister, die sie rief (oder wurde sie von den bösen Geistern gerufen?), nicht wieder los. Unaufhaltsam muß sie den Forderungen der Nationalsozialisten nachgeben, die von Tag zu Tag weniger schüchtern werden. Erst Aufhebung des Verbots der SA. und SS., dann das scharfe Vorgehen gegen die Länder, die sich weigerten, das Verbot aufzuheben, auf die Gefahr schwerster Konflikte mit den Ländern hin, jetzt verlangt die Reichsregierung ein Verbot des „Vorwärts" und der „Kölnischen Volksstimme", von denen sie sich zu scharf kritisiert fühlt, und was für freudige Überraschungen das Kabinett der nationalen Konzentration noch für das Volk vorbereitet, kann man nach den Ereignissen der letzten Tage ahnen. Kein Tag ohne politische Morde und Gewaltakten, bei denen die Nazis immer die angegriffenen Unschuldslämmer waren; kein Tag, ohne daß von Nazis Arbeiterblut vergossen wird; kein Tag ohne die wüstesten Morddrohungen gegen die organisierte Arbeiterschaft und ihre Führer. „Noch nicht", antwortete Reichsinnenminister von Gayl auf die Frage der Sozialdemokratie, ob er die Zeit für ein Einschreiten zum Schutze der Arbeiterschaft gegen die Überfälle durch die SA. nicht für gekommen halte. Ist denn noch nicht genug Arbeiterblut geflossen? Es könnte leicht zu spät werden bei diesem „noch nicht".

Die organisierte Arbeiterschaft aber weiß, wann die Stunde der Abrechnung gekommen sein wird. Sie bricht an am 31. Juli, wenn das arbeitende und doch hungernde, das arbeitslose und verzweifelnde Volk der nationalen Konzentration die Quittung in Gestalt einer Hochflut von sozialdemokratischen Stimmen erteilen wird.

Keine Anrechnung der Verbandsunterstützung in Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge

An den Reichsarbeitsminister ist die Frage gestellt worden, ob in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge bei Prüfung der Hilfsbedürftigkeit Unterstützungen, die auf Grund eigener Vorsorge für den Fall der Arbeitslosigkeit bezogen werden, zu berücksichtigen sind. Der Reichsarbeitsminister hat jetzt in einem Erlaß von 29. Juni 1932 darauf hingewiesen, daß keine Bedenken bestehen, solche Unterstützungen in der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und bei der Bemessung der Leistungen außer Ansatz zu lassen.

Zu dieser Art von Unterstützungen gehören auch die Verbandsunterstützungen, die also in der Arbeitslosenversicherung und bei der Bedürftigkeitsprüfung nicht angerechnet werden dürfen.

Lohnverwirkung – Ausschlußfristen.

Die Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Reichsarbeitsgerichts in diesen Fragen wird scharf bekämpft. So auch vom Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Best in einem Artikel in der „Juristischen Wochenschrift", Seite 1001/1932, unter dem Titel „Verwirkung?". Er behandelt vorwiegend die Fragen der Aufwertung und kommt zu folgenden Feststellungen:

„. . . Da aber der Senat das Bestehen eines gesetzlichen Erlöschungsgrundes „Verwirkung" mit Recht bezweifelt und weiter zu Recht annahm, daß einseitiger Verzicht keinen gültigen Erlöschungsgrund abgab, kam man auf den nach der Sachlage völlig unhaltbaren Ausweg des stillschweigenden Erlaßvertrages."

Dr. Best hält auch die Heranziehung des § 242 BGB., der mit den Begriffen Treu und Glauben operiert, und auch die sogenannte arglistige Handlung nicht für tragbar und sagt:

„. . . Denn arglistig handelt zwar der Schuldner, der sich darauf einrichtet, den Gläubiger um den meist größten Teil seiner Forderung zu bringen, nicht aber der Gläubiger, der aus Unerfahrenheit, Mangel an Mitteln, Prozeßfurcht oder ähnlichen Gründen mit der Klageerhebung zögert." . . .

Die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts stimmt leider mit der kritisierten Stellung des Reichsgerichts in bezug auf die Verwirkung des Lohnes überein. Eine Verzichtleistung auf tarifliche Ansprüche für die Zukunft wird zwar für ungesetzlich erklärt; ein Verzicht auf erworbene Lohnansprüche ist grundsätzlich für zulässig und rechtswirksam zu erachten.

In seiner Entscheidung vom 13. März 1929 verlangt das Reichsarbeitsgericht für die Verzichtleistung eine Willenseinigung der Parteien. In dem Urteil vom 18. Dezember 1929 wird die stillschweigende Verzichterklärung für ausreichend anerkannt; einige Monate später wird dann untersucht, ob der Arbeiter, wenn er nachträglich seine Forderung geltend macht, nicht arglistig handelt.

Das Gericht stellt allerdings immer in den Vordergrund, daß jede Verzichtleistung unwirksam ist, wenn der Arbeiter unter wirtschaftlichem Druck steht.

Dr. Nipperdey bekämpft auch diese Einschränkung, indem er hervorhebt, daß der Arbeiter immer und notwendig objektiv und subjektiv unter einem wirtschaftlichen Druck steht.

In seiner Entscheidung vom 6. Juni 1928 stellt das Reichsarbeitsgericht fest, daß die Verwirkung mit den Verjährungsvorschriften in Einklang zu bringen ist, weil das lange Zuwarten gegen Treu und Glauben verstoße und das Verhalten als arglistig erscheinen lasse. Das Urteil vom 6. Juni 1931 kommt dann zu dem Ergebnis, daß der wirtschaftliche Druck auch bei ausdrücklicher schriftlicher Willenserklärung von Bedeutung sei und es Pflicht der Gerichte ist, in dieser Beziehung Untersuchungen anzustellen.

Die Juristen der Arbeitgeber haben auch — gleich Doktor Best — die „Billigkeitserwägungen" und die Unklarheit der Verwirkungslage erkannt; deshalb streben sie eine Regelung im Tarifvertrag an.

Das Reichsarbeitsgericht kommt auch diesem Bestreben ziemlich weit entgegen. Schon in seiner Entscheidung vom 21. März 1928 hat das Reichsarbeitsgericht Tarifbestimmungen für zulässig erklärt, die vorschreiben, daß Lohnansprüche innerhalb dreier Wochen geltend zu machen sind. Es soll dies im Interesse beider Teile liegen.

In dem Urteil vom 30. April 1930 kam das Reichsarbeitsgericht dann zu dem Ergebnis, daß die Ausschlußfrist, soweit sie den pfändbaren Teil des Lohnes betrifft, gegen das Lohnbeschlagnahmegesetz verstößt. In seiner Entscheidung vom 8. Juni 1931 steht das Reichsarbeitsgericht nunmehr aber auf dem Standpunkt, daß das Lohnbeschlagnahmegesetz der Vereinbarung einer Ausschlußfrist nicht entgegenstehe, und daß sie auch nicht gegen den § 138 BGB. und gegen den § 1 der TarVO. verstoße. — Vorerst müssen wir uns deshalb mit der Tatsache abfinden.

Der neue Tarifvertrag für die papiererzeugende Industrie bringt eine Ausschlußfrist. Alle geldlichen Leistungen müssen innerhalb vier Wochen nach Fälligkeit beim Arbeitgeber geltend gemacht werden. Wir wollen an dieser Stelle auf das diktatorische Verhalten der Unternehmer beim Abschluß dieses Vertrages nicht eingehen, sondern nur die rechtliche Seite beleuchten.

Aus den vorstehenden Ausführungen ist zu entnehmen, daß diese tarifliche Bestimmung rechtswirksam ist, und daß die Arbeiter, wenn sie sich vor Schaden schützen wollen, rechtzeitig ihre Forderungen beim Arbeitgeber anmelden müssen. Etwas mehr Mut und Entschlossenheit ist deshalb erforderlich, weil Klagen wegen Forderungen, die erst nach Ablauf der vier Wochen geltend gemacht worden sind, keine Aussicht auf Erfolg haben.

In gewisser Beziehung kann man auch Dr. Hoeniger folgen, der in „Schlichtungswesen". Bd. 3, Seiten 6 und 78, die Frage von folgenden Gesichtspunkten aus beleuchtet:

„. . . Diejenigen hätten den Vorteil, die zunächst mit geringerem Lohn einverstanden wären, dadurch unter Umständen die auf tarifmäßige Entlohnung bestehenden Arbeiter verdrängen, um dann durch Nachforderungen doch den Tariflohn zu erhalten."

Die Ausschlußfrist und die Ausgleichsquittung können wirkungslos werden, wenn der Arbeiter nachweist, daß er infolge des wirtschaftlichen Druckes oder des Verhaltens des Unternehmers nicht in der Lage war, seine Forderung geltend zu machen. Dabei kann er sich stützen auf die Paragraphen 123, 138 BGB. Es kann auch eine Anfechtung wegen Irrtums gemäß § 119 BGB. möglich sein. Ferner besteht die Forderung weiter, wenn dem Arbeiter der Anspruch, der ihm zustand, nicht bekannt war.

Diese die Rechte der Arbeiter einschränkende Tarifbestimmung wird bedeutungslos, wenn die Arbeiter, von stärkerem Rechtsempfinden beseelt, das fordern, was ihnen die Organisation durch den Tarifvertrag gewährleistete. Es werden aber auch die Betriebsräte für die Zukunft mehr als bisher auf die Durchführung der Tarifverträge achten müssen. Nach einer Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts vom 21. Januar 1931 genügt es, wenn der Betriebsratsvorsitzende im Auftrage der einzelnen Arbeiter die spezialisierten Rechtsansprüche beim Unternehmer geltend macht. Das gleiche würde der Fall sein, wenn die Organisationsleitung mit der Geltendmachung der Forderungen beauftragt wird.

Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, werden wir auch diese einengende Bestimmung ohne wesentliche Nachteile überwinden.

Schmidt.

Die reformierte „Arbeitslosenversicherung" und ihre neuen Unterstützungssätze.

Die Unterstützung beträgt wöchentlich:

Lohnklasse	in Orten der Sonderklasse und der Ortsklasse A: ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen	mit 1	mit 2	mit 3	mit 4	mit 5	mit 6 od. mehr	in Orten der Ortsklassen B bis E mit mehr als 10000 Einwohnern: ohne	mit 1	mit 2	mit 3	mit 4	mit 5	mit 6 od. mehr	in Orten der Ortsklassen B bis E mit 10000 Einwohnern und weniger: ohne	mit 1	mit 2	mit 3	mit 4	mit 5	mit 6 od. mehr
	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.
I	5,10	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	5,10	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	6,60	4,50	5,70	5,70	5,70	5,70	5,70	5,70
II	6,—	7,50	9,—	10,50	10,50	10,50	10,50	6,—	7,50	9,—	10,50	10,50	10,50	10,50	4,50	5,70	6,90	8,10	8,10	8,10	8,10
III	7,20	9,—	10,80	12,60	12,60	12,60	12,60	6,—	7,50	9,—	10,50	10,50	10,50	10,50	5,10	6,60	8,10	9,60	9,60	9,60	9,60
IV, V, VI	8,40	10,20	12,—	13,80	15,60	15,60 / 17,40 / 17,40	17,40 / 17,40 / 19,20	7,20	9,—	10,80	12,60	14,40	14,40 / 16,20 / 16,20	16,20 / 16,20 / 18,—	6,—	7,50	9,—	10,50	12,—	12,— / 13,50 / 13,50	12,— / 13,50 / 15,—
VII, VIII	9,90	12,30	14,70	17,10	19,50	21,90	24,30	8,40	10,20	12,—	13,80	15,60	17,40	19,20	7,20	9,—	10,80	12,60	14,40	16,20	18,—
IX															7,20	9,—	10,80	12,60	14,40	16,20	18,—
X, XI	11,70	14,40	17,10	19,80	22,50	25,20	27,90	9,90	12,30	14,70	17,10	19,50	21,90	24,30	8,40	10,20	12,—	13,80	15,60	17,40	19,20
															8,40	10,20	12,—	13,80	15,60	17,40	19,20

Vom 27. Juni an treten die neuen Abzüge in Kraft und ergreifen auch laufende Unterstützungsfälle. Doch dürfen bisher höhere Unterstützungen — unter Umständen, die noch näher bestimmt werden — noch bis zum 23. Juli 1932 weitergezahlt werden.

Nach sechswöchigem Bezug dieser fürstlichen Unterstützungsfälle wird nachgeprüft, ob der Arbeitslose im Sinne der Krisenfürsorge hilfsbedürftig ist. Fällt diese Prüfung bejahend aus, erhält der Arbeitslose weitere Unterstützung.

Arbeitslose, denkt an diesen Unterstützungsraub am 31. Juli! **Wählt sozialdemokratisch!**

Das Ziel der vereinigten Reaktion: Ausschaltung der Gewerkschaften.

Für jeden denkenden Arbeiter war es von jeher klar, daß der ganze Kampf der vereinigten wirtschaftlichen und politischen Reaktion gegen das „System" ein Kampf gegen die organisierte Arbeiterschaft ist, daß das ganze wütende Gebelfer der Nazis und ihrer kapitalkräftigen Auftraggeber sich nur gegen die verhaßten Gewerkschaften richtet, daß das „neue Deutschland", das sie mit allen Mitteln skrupellos erstreben, ein Deutschland sein soll, in dem die Arbeiterschaft so rechtlos und so versklavt wie nie zuvor sein wird, in dem die Arbeiterschaft, um nach berühmtem Muster zu reden, „den Lohn als eine in Gnaden gewährte Zuwendung betrachten muß, für die sie sich dankbar zu erweisen hat". Dies ist der einzige Grund, warum die Unternehmer den Nazis so sympathisch gegenüberstehen, und das ist die ganze, die größte Hoffnung, die sie auf die politischen Ereignisse der letzten Zeit setzen.

Die „Bergwerks-Zeitung", das Organ der reaktionären Schwerindustrie, hat dies anläßlich des Regierungswechsels folgendermaßen zum Ausdruck gebracht:

„Mag die neue Regierung sich halten, mögen neue Regierungen kommen, mögen die Nationalsozialisten daran beteiligt sein oder nicht: **Solange die gewerkschaftlichen Irrlehren nicht praktisch ausgeschaltet sind, kann die Wirtschaft nicht genesen. Die Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften ist innerpolitisch das Problem der Probleme."**

Auf diese Auseinandersetzung zielen die Unternehmer und mit ihnen die ganze Reaktion hin. Die politische Umgestaltung soll die Voraussetzungen schaffen, damit der Kampf gegen die Gewerkschaften mit Nachdruck geführt werden kann. Kampf gegen die Gewerkschaften bedeutet: Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Versklavung der Arbeiterklasse, Abbau aller sozialen Errungenschaften und Neuerrichtung des Herrenmenschentums. Die nationalsozialistische Bewegung ist eine Mobilisierung des Kleinbürgertums und der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterschaft und deren Vorhut, die Gewerkschaften. Alle Arbeiter und Angestellten müssen diesen Urgrund der politischen Umwälzungen erkennen und ihr politisches und gewerkschaftliches Verhalten danach einstellen, d. h. mit aller Energie die Gewerkschaften stärken, für sie werben, damit die Unternehmer in den kommenden Auseinandersetzungen auf eine unüberwindliche Gewerkschaftsmacht stoßen, die nicht ausgeschaltet und beiseitegeschoben werden kann, auch nicht mit Hilfe der SA. und SS. Und am 31. Juli wählen alle Arbeiter und alle Angestellten, die freie, gleichberechtigte Staatsbürger im freien demokratisch regierten Deutschland sein wollen, sozialdemokratisch!

Gewerkschaftliche Forderungen zum Umbau der Wirtschaft.

Nachdem die Gewerkschaften zur Milderung der Wirtschaftskrise und zur Entlastung des Arbeitsmarktes die Forderung nach Arbeitsbeschaffung durch den Staat erhoben haben, fügen sie jetzt dieser Gegenwartsforderung ihre programmatischen Forderungen für die Wirtschaftspolitik der Zukunft hinzu. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben gemeinsam mit einer Anzahl Wissenschafter zur Verhütung solcher Katastrophen, wie sie die jetzige Wirtschaftskrise darstellt, die nachfolgenden Richtlinien für den Umbau der Wirtschaft aufgestellt:

Die ungeheure Krise macht es zur zwingenden Aufgabe unserer Zeit, mit dem Kampfe um die Überwindung der herrschenden Krisennot planvolle Maßnahmen gegen die Wiederkehr gleichartiger Katastrophen einzuleiten. Der Umbau der jetzigen planlosen Wirtschaft in eine planvolle Gemeinwirtschaft ist unerläßlich.

In der anzustrebenden planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft muß die Gesellschaft die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben. Aus dieser Zielsetzung ergeben sich folgende Richtlinien für eine den wahren Interessen des Allgemeinwohls dienende Wirtschaftspolitik:

I. Konjunkturpolitik und Massenkaufkraft.

Die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft erfordert die Anpassung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedarf.

1. Zur Verhütung der Krisen und zur Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts ist entsprechend der wachsenden Produktivität der menschlichen Arbeit eine systematische Stärkung der Massenkaufkraft und die Regelung der Kapitalbildung sowie der Kapitalverwendung notwendig.
2. Mit der steigenden Produktivität der Arbeit ist die Arbeitszeit zu verkürzen. Die 40-Stunden-Woche ist sofort gesetzlich durchzuführen, sie muß zur Zeit als das Höchstmaß der zulässigen Arbeitszeit gelten.
3. Zur Milderung der Konjunkturschwankungen müssen Reich, Länder, Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften ausreichende finanzielle Mittel für Arbeiten und Aufträge in der Krisenzeit bereit halten. Die Träger der Sozialversicherung müssen während der guten Konjunktur Reserven bilden, deren Einsatz in der Krise dem Absinken der Massenkaufkraft entgegenwirkt.

II. Industrie und Handel.

Der demokratische Staat muß entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Industrie und des Handels ausüben, um sie zum Wohl der Allgemeinheit zu lenken.

1. Die Schlüsselindustrien sind der Willkürherrschaft der Privatmonopole zu entziehen und in Gemeinbesitz zu überführen. Die Bodenschätze und die lebenswichtigen Rohstoffindustrien, ferner die gesamte Energiewirtschaft sowie der gesamte Verkehrsapparat, die die Grundlagen des modernen Wirtschaftslebens bilden, müssen von der Gesellschaft zum Nutzen der Allgemeinheit planmäßig bewirtschaftet werden.
2. In erster Linie sind zu verstaatlichen:
   der gesamte Bergbau einschließlich der Nebenbetriebe,
   die Eisenindustrie einschließlich der Schrottwirtschaft und die Metallgewinnung,
   die Großchemie, insbesondere die Herstellung von künstlichen Düngemitteln,
   die monopolisierten Zweige der Baustoffindustrie, insbesondere die Zementindustrie.
3. Die Energie- und Verkehrswirtschaft ist in ihrer Gesamtheit in den Besitz der öffentlichen Hand zu überführen mit dem Ziel der Verbesserung und Verbilligung ihrer Leistungen.
4. Alle Kartelle und ähnlichen Zusammenschlüsse von Unternehmungen sowie monopolartige Konzerne und Einzelunternehmungen sind durch ein staatliches Kartell- und Monopolamt zu überwachen. Das Kartell- und Monopolamt hat die Anlage-, Produktions- und Absatzpolitik sowie die Festsetzung der Preise ständig zu prüfen und im Interesse der Allgemeinheit zu beeinflussen.
5. Um die planmäßige Verbindung zwischen Massenbedarf und Produktion herzustellen und die Verteilungskosten zu verringern, ist der Zusammenschluß der Verbraucher in Konsumgenossenschaften zu fördern.

III. Kredit- und Bankwesen.

Das private Bankwesen ist durch ein staatlich beherrschtes Bankensystem mit der Aufgabe planmäßiger Kredit- und Kapitalverteilung zu ersetzen.

1. Die Banken und sonstigen Kreditinstitute sowie die Versicherungsgesellschaften, insbesondere die Lebensversicherungen als Sammelbecken des Sparkapitals, sind zu verstaatlichen.

   Als Übergangsmaßnahme ist der kapitalmäßige Einfluß des Staates auf die Banken auszubauen. Alle Kapitalbeteiligungen öffentlicher Stellen bei Banken sind zur durchgreifenden Sicherung ihres Einflusses auf die Geschäftsführung zu benutzen.
2. Bereits in der Übergangszeit müssen die Kredite planmäßig verteilt und in der Richtung der planmäßigen volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckung gelenkt werden. Diese Aufgabe hat ein zentrales Bankenamt zu erfüllen, das die Bewegung der Kredite durchleuchtet, Richtlinien für die Anlagepolitik der Kreditinstitute aufstellt und die Durchführung dieser Richtlinien überwacht.
3. Das Bankenamt muß mit der Reichsbank, als der Hüterin des Geldwesens, eng zusammenarbeiten. Die Reichsbank ist von dem überwiegenden Einfluß der privaten Bank- und Industriekreise zu befreien. In ihrem Generalrat müssen neben dem Staat und der öffentlichen Wirtschaft alle wichtigen Wirtschaftsverbände, vor allem die Gewerkschaften und Verbraucher, vertreten sein.

IV. Agrarpolitik.

Die Arbeiterklasse erstrebt einen gerechten Ausgleich zwischen Stadt und Land.

1. Jedem werktätigen Landwirt gebührt ein angemessenes Einkommen für seine aufgewandte Arbeit. Der landwirtschaftliche Arbeitsertrag ist abhängig von der Erhaltung und Erhöhung der Massenkaufkraft. Daher müssen alle Maßnahmen der Preisbeeinflussung, insbesondere alle Schutzmaßnahmen gegen die ausländische Konkurrenz, auf die Kaufkraft der städtischen Verbraucher Rücksicht nehmen.

2. Zur Sicherung der Landwirtschaft gegen übermäßige Schwankungen der Erlöse ist der Markt durch staatliche Handelsmonopole sowie planmäßige Beeinflussung des Umfanges und der Richtung der Produktion zu regulieren. Die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist durch staatliche Maßnahmen und durch direkte Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften mit den städtischen Verbrauchergenossenschaften zu verringern.
3. Um die Lage der Kleinbauern zu verbessern muß der Staat das Fachwissen fördern, die Feldbereinigung beschleunigen und die Bildung von Produktivgenossenschaften unterstützen.
4. Der nicht mehr lebensfähige Großgrundbesitz ist in Bauernland oder in genossenschaftliche Großbetriebe umzuwandeln. Die Siedlungsstellen müssen ausreichende Lebensmöglichkeiten gewähren. Bei der Auswahl der Siedler sind in erster Linie Landarbeiter zu berücksichtigen. Jede Subventionierung des Großgrundbesitzes ist einzustellen. Das Großgrundeigentum ist in Gemeinbesitz zu überführen.

V. Außenhandelspolitik.

Die Außenhandelspolitik, die gegenwärtig von privaten industriellen und agrarischen Interessen beherrscht wird, ist in den Dienst der Lenkung der Volkswirtschaft zu stellen. Sie hat die Einordnung der deutschen Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung zu fördern und der Gefahr ihrer Abschnürung vom Weltmarkt vorzubeugen.

1. Die Zoll- und Handelspolitik Deutschlands muß auf den Abbau der Handelshemmnisse gerichtet sein.
2. Deutschland muß mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Wiederherstellung des internationalen Währungs- und Kreditzusammenhanges fördern.
3. Besonders muß der enge Zusammenschluß der europäischen Wirtschaftskräfte angestrebt werden.
4. Mit dem Ausbau der Planwirtschaft wird an die Stelle der heutigen privaten Außenhandelsbeziehungen der staatlich organisierte internationale Güteraustausch auf der Grundlage eines Außenhandelsmonopols treten.

VI. Aufbau der Planwirtschaft.

Schon im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems müssen die Ansätze zur Planwirtschaft zusammengefaßt werden. Im besonderen muß die einheitliche Führung der Eigenwirtschaft der öffentlichen Hand sichergestellt werden.

1. Mit dem Aufbau der Planwirtschaft und deren Leitung ist eine zentrale Planstelle zu betrauen. Sie hat in engster Zusammenarbeit mit dem Bankenamt, dem Kartell- und Monopolamt, den Organen des Handelsmonopols und der Verwaltung der öffentlichen Wirtschaft ständig die Tätigkeit der einzelnen Zweige der Wirtschaft zu beobachten und auf ihre planmäßige Entwicklung hinzuwirken.
2. Entsprechend der fortschreitenden Verstaatlichung der Banken und der Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft hat die Planstelle in Verbindung mit dem Bankenamt volkswirtschaftliche Kreditverteilungspläne aufzustellen. Mit den Organen des Außenhandelsmonopols muß sie die Richtlinien für den Außenhandel festlegen.
3. Der Ausbau der Planwirtschaft muß Hand in Hand gehen mit der Demokratisierung der Wirtschaft. An allen öffentlichen Einrichtungen, die der Förderung oder Überwachung der Wirtschaft, einzelner Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete dienen, sind gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung die berufenen Vertreter der Arbeitnehmer angemessen zu beteiligen.

Berlin, 21. Juni 1932.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.

Bundesausschußsitzung des ADGB.

II.

Arbeitshilfe für die erwerbslose Jugend.

In der Sitzung des Bundesausschusses am 14. Juni berichtete Spliedt über die vom Bundesvorstand ausgearbeiteten Richtlinien über die „Arbeitshilfe für die erwerbslosen Jugendlichen". Diese Richtlinien, die zugleich den Funktionären der Gewerkschaften Anhaltspunkte für ihre Stellungnahme zum freiwilligen Arbeitsdienst geben sollen, behandeln im einzelnen die Frage der Arbeitsschulung, der Arbeitsgestaltung, der Arbeitsgebiete und der kollektiven Selbsthilfe. Es bedarf keiner Hervorhebung, daß die Gewerkschaften an ihrer ablehnenden Haltung zur Arbeitsdienstpflicht, wie sie von anderer Seite propagiert wird, festhalten. Ihre allgemeine Stellungnahme zum freiwilligen Arbeitsdienst ist auf dem Krisenkongreß der Gewerkschaften wie in den Reichstagsverhandlungen Anfang Mai von Eggert und Graßmann präzisiert worden. Im Rahmen dieser grundsätzlichen Anschauung halten sich auch die neuen Richtlinien. Sie bringen darüber hinaus noch konkrete Vorschläge, die eine Stellungnahme im Einzelfall ermöglichen. Bei der

Arbeitsschulung

handelt es sich um besondere Maßnahmen, insbesondere für zwei Gruppen von Jugendlichen, die Schulentlassenen, die keine Lehr- oder Arbeitsstätte finden können, und die beschäftigungslosen Lehrlinge und die arbeitslosen an- und ungelernten Jugendlichen. Für die erste Gruppe wird ein weiteres freiwilliges Schuljahr angestrebt, das als soziale Fürsorgemaßnahme aufzufassen ist und deswegen nicht mit schulorganisatorischen Fragen in Verbindung gebracht werden soll. Die Wahl zwischen mehreren Weiterschulungsmaßnahmen, bei denen gleicherweise Einrichtungen der Volks- wie der Berufsschule ins Auge zu fassen sind, muß den Eltern vorbehalten bleiben. Für die beschäftigungslosen Lehrlinge wird an die Errichtung von Sammellehrwerkstätten gedacht, wobei in erster Linie die Werkstätten der Berufsschulen zur Verfügung zu stellen sind. Erforderlichenfalls sind auch leerstehende Fabriken, Betriebe, Werkstätten, Bauplätze usw. zu benutzen. Für die arbeitslosen an- und ungelernten Jugendlichen soll ein zusätzlicher Berufsschulunterricht über die durch Ortssatzung festgelegte Wochenstundenzahl eingeführt werden. Selbstverständlich müßte in diesem Rahmen außer der beruflichen Weiterbildung auch für die Allgemeinbildung und die sportliche Betätigung der Jugendlichen Sorge getragen werden.

Was die

Arbeitsgestaltung

angeht, so muß bei der Organisation und Durchführung der Arbeitshilfe für die erwerbslose Jugend die Beteiligung der Gewerkschaften sowohl an der zentralen als auch an der lokalen Verwaltung sichergestellt werden. Daß die Beschäftigung vorwiegend von erzieherischen und fürsorgerischen Zielen geleitet sein muß, bedarf keiner Begründung. Dementsprechend müssen Arbeitszeit und Arbeitseinteilung geregelt werden. Die Arbeiten, die im Rahmen der Arbeitshilfe zu leisten sind, müssen gemeinnützig und zusätzlich sein. Darauf muß in jedem einzelnen Falle geachtet werden.

Die

„kollektive Selbsthilfe",

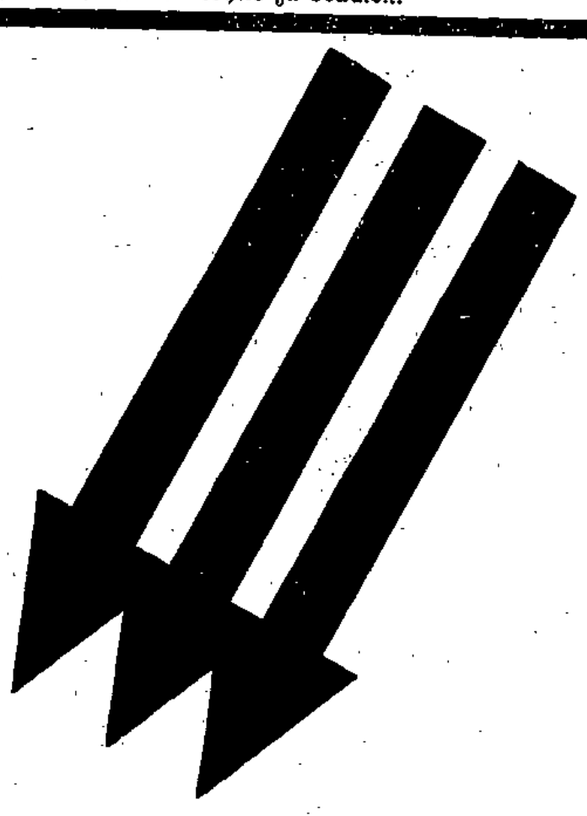
deren Gedanke auf Anregungen von Prof. Lederer beruht, hat den Zweck, jugendlichen Erwerbslosen in stillgelegten Fabriken und Werkstätten Arbeit zu verschaffen und mit den Erzeugnissen dieser Arbeit Arbeitslose zu versorgen. Insbesondere kommen Betriebe in Betracht, in denen Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Bekleidung, Schuhwerk, Hausrat, hergestellt werden. Ebenso muß an die Durchführung wohlfeiler Speisung in diesem Zusammenhang gedacht werden. Sie kann sich auch erstrecken auf die Errichtung der Arbeitslager, die Erzeugung gewisser Nahrungsmittel für den eigenen Bedarf der Arbeitsgruppen und auf sonstige Arbeiten der Selbstversorgung.

Wenn der Bundesvorstand sich dazu entschlossen hat, für die Funktionäre durch diese Richtlinien Anhaltspunkte für die praktische Entscheidung zu schaffen, so hat er es gerade aus seiner kritischen Einstellung zum freiwilligen Arbeitsdienst, wie er bisher aufgezogen wird, tun müssen. Es ist notwendig, im Interesse der für vorläufig unabsehbare Zeit arbeitslosen Jugend ein praktisches Programm zu schaffen, um so mehr, als die arbeitslose Jugend in die Arbeit hineindrängt. Dabei ist im Auge zu behalten, daß der freiwillige Arbeitsdienst in seinen Wirkungen nicht begrenzt wird durch das fehlende Angebot von Arbeitskräften, sondern durch seine wirtschaftliche Kostspieligkeit, die Beschränktheit der Mittel und den Mangel an wirklich wirtschaftlichen Arbeitsobjekten. Daher war der Bundesvorstand bestrebt, die sozialpädagogischen Gesichtspunkte als die entscheidenden in den Vordergrund zu stellen.

In der eingehenden

Debatte

wurden die Gründe und Gegengründe zum freiwilligen Arbeitsdienst lebhaft erörtert. Allgemein wurde hervorgehoben, daß der wirtschaftliche Nutzen der im freiwilligen Arbeitsdienst geleisteten Arbeit sehr gering ist. Es muß daher bei der Auswahl der Arbeitsobjekte gerade in dieser Zeit, die keine Vergeudung von wirtschaftlichen Werten gestattet, besondere Sorgfalt verwandt werden. Man hob auch hervor, daß gerade unter der neuen Regierung besondere Vorsicht an Platze sei, da in ihren Kreisen vielfach der freiwillige Arbeitsdienst nur als Vorstufe zur Arbeitsdienstpflicht angesehen wird. Es wurde auch betont, daß der Begriff der Zusätzlichkeit in der Praxis sehr schwer zu bestimmen ist. Tatsächlich werden vielfach reguläre Arbeiten als zusätzliche Arbeiten durchgeführt. Auch kann die Gefahr nicht verkannt werden, daß der freiwillige Arbeitsdienst mißbraucht wird, um die Löhne zu drücken.



Ihr müßt es jedem, jeder sagen,
Partei, Gewerkschaft, Sportler tragen
Als Front von Erz,
Dem Feind ins Herz —:
Drei Pfeile!

Diese kritischen Einwände ändern aber nichts an der Tatsache, und das kam auch in der Debatte stark zum Ausdruck, daß die Arbeitshilfe für die erwerbslosen Jugendlichen eines der drängendsten Probleme der Zeit ist. Die Gewerkschaften können sich daher der Verpflichtung nicht entziehen, zu dieser Frage eine eindeutige Stellung einzunehmen, um so mehr, als vielfach Mittel für jugendpflegerische Aufgaben nur im Zusammenhang mit dem freiwilligen Arbeitsdienst noch beschafft werden können. Der freiwillige Arbeitsdienst wird auf diese Weise gleichsam zu der heute üblichen Form jugendpflegerischer Maßnahmen.

Gegenüber jeder pessimistischen Einschätzung der heute bestehenden Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften erklärte Leipart, daß die Gewerkschaften noch unzählige Gelegenheiten haben, ihren Einfluß auf eine sinnvolle Gestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes im Geiste der vom Bundesvorstand vorgelegten Richtlinien geltend zu machen. Dabei handelt es sich selbstverständlich in keiner Weise um eine grundsätzliche Festlegung der Gewerkschaften für alle Zeit. Der Gedanke des freiwilligen Arbeitsdienstes hat in einer Notzeit praktische Gestalt gewonnen. Seine praktische Bedeutung wird mit einer Besserung der wirtschaftlichen Lage geringer werden. Da aber jetzt von allen Seiten Vorschläge für die Gestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes gemacht werden, sind die Gewerkschaften doppelt verpflichtet, Stellung zu nehmen und sich ihren praktischen Einfluß zu sichern. Die Ablehnung von seiten der Gewerkschaften würde nur dazu führen, daß andere Organisationen sich der Sache bemächtigen. Da die Richtlinien zugleich eine Kritik an dem, was ist, und an dem sind, was noch an Schlimmerem befürchtet werden könnte, so bedeutet ihre Annahme in keiner Weise eine positive Einstellung zum Arbeitsdienst in der vorherrschenden Form oder grundsätzlich. Der freiwillige Arbeitsdienst kann gar nicht so ausgebaut werden, daß er die reguläre Produktion radikal einengt oder gar ausschaltet. Dazu ist er, in größerem Maßstabe durchgeführt, zu unwirtschaftlich. Da man aber vor der Tatsache steht, daß die 2 Millionen Jugendlichen auf absehbare Zeit nicht in den normalen Produktionsprozeß eingeschaltet werden können, so muß man auf andere Weise Abhilfe schaffen. Man muß gewissermaßen den Versuch machen, neben der freien Wirtschaft eine andere aufzubauen, die von anderen Grundsätzen bestimmt wird, eine zusätzliche Wirtschaftsorganisation für zusätzliche Versorgung.

Nach einem Schlußwort von Spliedt wurde über die Richtlinien in ihren einzelnen Teilen und im ganzen abgestimmt. Der Bundesausschuß nahm sie einstimmig an.

Politisches Karussellfahren.

Am 13. April erfolgte das Verbot der nationalsozialistischen SA. und SS., dazu das Uniformverbot mit folgender Begründung:

„Schon das Vorhandensein solcher Kampforganisationen, die einen Staat im Staate bilden, ist eine Quelle steter Beunruhigung für die friedliche Bürgerschaft. Es ist ausschließlich Sache des Staates, eine organisierte Macht zu unterhalten. Jede private Gewaltorganisation kann ihrem Wesen nach keine legale Einrichtung sein. Es geht nicht um Parteien oder Regierungen, es geht um den deutschen Staat selbst. Keine Regierung kann es dulden, daß irgendeine Partei den Versuch macht, einen Staat im Staate zu bilden, und sich Machtmittel schafft, durch die sie in der Lage wäre, unter Umständen ihre Ziele auch mit Gewalt durchzusetzen. Das deutsche Volk lebt unter einer freiheitlichen Verfassung. Freiheit kann aber nicht gedeihen ohne Ordnung. Im Interesse der Ordnung muß volle Klarheit darüber geschaffen werden, daß in Deutschland der Staat und nur der Staat mit fester Hand Recht und Gesetz aufrechterhält."

Und was hält man heute von den uniformierten Ruhestörern, Scheibeneinwerfern, Schlägern und Mördern ihrer Volksgenossen?

Diese Leute nennt man heute jenen Teil der Volksgenossen, der bisher „in seiner auf nationaler Gesinnung beruhenden Betätigung behindert" gewesen sei.

Wie wirkt das Krümpersystem auf die Arbeitslosigkeit?

Die Einführung des Krümpersystems ist eine Maßnahme, die aus der Not der Zeit geboren wurde. Nur zögernd ist man zu seiner Einführung geschritten. Im „Reichsarbeitsblatt" Nr. 16 wird eine Übersicht über die bisherige Entwicklung des Krümpersystems gegeben. Nach dem Stande vom 15. Mai 1932 ergibt sich, daß die Landesarbeitsämter 113 Anträge zugelassen und 6 Anträge abgelehnt haben. Die größte Anzahl von Anordnungen bezüglich des Krümpersystems entfällt auf das Landesarbeitsamt Sachsen mit 40. Es folgen Südwestdeutschland mit 15, Westfalen mit 14 und Mitteldeutschland mit 9 Anordnungen. Der Rest verteilt sich auf die übrigen Bezirke. Nach der Art der Unternehmungen ist am stärksten die Textilindustrie mit 22 Betrieben vertreten. Es folgen das Metallgewerbe mit 17, die Konsumvereine mit 15, Staats- und Gemeindebetriebe mit 12, das Verkehrsgewerbe mit 11 und der Bergbau mit 8 Betrieben. Die beteiligten Betriebe zählen insgesamt 47 500 Arbeitnehmer, von denen 32 000 vom Krümpersystem erfaßt werden. Der Wechsel in der Belegschaft erfolgt in 68 Fällen monatlich, in 25 Fällen halbmonatlich, in 13 Fällen wöchentlich, in 6 Fällen alle drei Wochen und in einem Falle alle 5 Wochen. — Die Zahl der vom Krümpersystem erfaßten Arbeiter und Angestellten zeigt, daß dieses System noch keine große Ausdehnung genommen hat. Zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes hat die Einführung des Krümpersystems noch nicht geführt. Nur in acht Fällen wurden insgesamt rund 1600 Arbeiter als Ersatz für die Aussetzer neu eingestellt. In den allermeisten Fällen erfolgt die Einführung des Krümpersystems mit Rücksicht auf sonst unvermeidliche Entlassungsmaßnahmen. Die halbjährliche Übersicht über die Entwicklung des Krümpersystems läßt allerdings noch kein endgültiges Urteil zu. Man muß den weiteren Verlauf abwarten.

Die Kriegsbeschädigten gegen die Regierung von Papen.

Die Notverordnung der neuen Reichsregierung hat unter den Kriegsopfern eine begreifliche Empörung ausgelöst. Sie spiegelt sich erklärlicherweise auch im Bundesorgan des größten Kriegsopferbundes, dem „Reichsbund", wider. Neben der Notverordnung ist es aber besonders der Text der Regierungserklärung des Kabinetts von Papen, der den „Reichsbund" veranlaßt hat, die Taten der neuen Reichsregierung in scharfer Form zu kritisieren. Der „Reichsbund" schreibt unter anderem:

„Die Regierungserklärung war und bleibt eine schandvolle Verhöhnung der Kriegsopfer und der übrigen hungernden und hilfsbedürftigen Volksmassen. Die Notverordnung fügt dieser Verhöhnung noch Faustschläge auf die hungrigen Magen aller Notleidenden hinzu. Beides zusammen wirkt auch auf den objektivsten Beschauer als eine unerhörte und noch nie dagewesene Herausforderung der Hilfsbedürftigen und ehemaligen Vaterlandsverteidiger.

Die in den Feuerwalzen des Weltkrieges gehärteten Kriegsbeschädigten und die durch die Hingabe ihrer Liebsten in der Tragung seelischen Leides geprüften Kriegerhinterbliebenen haben nach den ungeheuren Opfern, die sie an Gut und Blut während und nach dem Kriege dem Vaterlande dargebracht haben, wohl das erste Anrecht darauf, zum mindesten menschliche Achtung vor der Größe ihres Opfers von jedermann, also auch von der Reichsregierung zu verlangen, und sie verbitten es sich mit aller Entschiedenheit, neben der Beeinträchtigung ihrer materiellen Rentenkürzungen noch in ihren tiefsten Gefühlen durch derartige Regierungserklärungen wie die des Freiherren-Kabinetts von Papen aufs schwerste verletzt zu werden!"

Die Reichsregierung des Herrn von Papen ersucht in ihrer Regierungserklärung die deutschen Staatsbürger, die neue Reichsregierung

„nach ihren Taten zu beurteilen".

Das werden die Kriegsopfer sich sicher nicht zweimal sagen lassen. Am 31. Juli darf es keine Kriegsbeschädigten, keine Kriegerwitwen, keine Kriegereltern und keine wahlberechtigten Kriegerwaisen geben, die nicht für eine überwältigende entschieden republikanische Mehrheit im neuen Reichstag eintreten.

Die Sanierung des Kapitalismus.

(Das Programm der heutigen Machthaber.)

Alle Proklamationen der deutschen Unternehmerorganisationen enthalten immer wieder die stereotype Wendung, daß der Staat sich nicht in die Wirtschaft einmischen dürfe und daß die „freie" Wirtschaft erhalten bleiben müsse. Das ist die Theorie. In der Praxis hat sich jedoch ein ganz anderes System entwickelt, das Unternehmerrisiko nur so weit und so lange zu übernehmen, als die Geschäfte Gewinne abwerfen, jedoch die Verluste und die schlechten Geschäfte vom Staat tragen zu lassen. Es hat sich ein ganzes System der staatlichen Subventionierung von Unternehmungen, Unternehmungsgruppen und ganzen Wirtschaftszweigen herausgebildet, und die öffentlichen Körperschaften, d. h. letztlich die Steuerzahler, müssen die Verluste aus den Fehlschlägen kapitalistischer Betätigung tragen. Für die unfähigen und erfolglosen Unternehmer ist ein System staatlicher Fürsorge geschaffen worden.

In welchem Umfang die einzelnen Wirtschaftsgruppen die

ihrer wirtschaftlichen Machtstellung und von ihrem politischen Einfluß ab. Dementsprechend haben in den letzten Jahren innerhalb der Landwirtschaft der Großgrundbesitz und innerhalb der Industrie insbesondere die Schwerindustrie außerordentlich große Subventionen vom Staat herausgepreßt.

Am allerkrassesten klafft der Widerspruch zwischen der Ideologie von der Nichteinmischung des Staates in die Wirtschaft und einem schon zur Selbstverständlichkeit gewordenen staatlichen Subventionssystem größten Ausmaßes in der Landwirtschaft. Es gehört ein wissenschaftliches Sonderstudium dazu, sich überhaupt noch in dem Gewirr von Hilfsaktionen, Notprogrammen, Kreditaktionen, Barzuschüssen, Umschuldungsmaßnahmen allgemeiner Natur zurechtzufinden. Zu alledem kommt die gewaltige Generalsubvention der deutschen Landwirtschaft hinzu, die diese durch den phantastisch hohen Zollschutz genießt, und die der Verbraucherschaft gewaltige Opfer zugunsten des getreidebauenden Großgrundbesitzes auferlegt.

Der Zentrumswirtschaftspolitiker Friedrich Dessauer hat errechnet, daß die Besteuerung der Verbraucherschaft aus der Überhöhung der Agrarpreise sich auf annähernd 2½ Milliarden Mark je Jahr nach dem Stand der Preisüberhöhung der deutschen Agrarprodukte gegenüber den Weltmarktpreisen im Wirtschaftsjahr 1930/31 belief.

Der Grundsatz, „wer die Wirtschaft führt, muß auch das Risiko tragen", ist längst verlassen worden; es herrscht vielmehr weitgehend das Prinzip: der Gewinn ist Privatsache, der Verlust ist vom Staat zu bestreiten — die guten Geschäfte bleiben den Unternehmern und Kapitalisten reserviert, aber die Pleiten sind vom Staat zu sozialisieren.

In der Bankkrise hat das Reich insgesamt 1 Milliarde Mark zur Sanierung und Wiederaufrichtung der Großbanken (Danat-, Dresdner, Commerz- und Dedibank), zur Stützung notleidender Provinzbanken (Barmer Bankverein, Adca, Schröderbank Bremen, Hallescher Bankverein), für zahlreiche Mittelstands- und Genossenschaftsbanken usw. aufwenden müssen. Dazu kommt ferner die Risikoübernahme der öffentlichen Hand für zahlreiche Finanzierungen. Allein für das Auslandgeschäft belaufen sich die Garantien von Reich und Ländern auf fast 1 Milliarde Mark.

Die einflußreichen Wirtschaftsgruppen verschaffen sich für Zwecke rein privater Wirtschaftsführung Sonderzuwendungen vom Staat. Der Schaden, den die private Wirtschaftsführung angerichtet hat, wird in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem mittelbar auf die Allgemeinheit abgewälzt. Wirtschaftliche Machtstellung oder politischer Einfluß wird von den kapitalistischen Interessenten rücksichtslos eingesetzt, um von den öffentlichen Kassen Zuwendungen oder durch Maßnahmen der öffentlichen Wirtschaftspolitik Sondervorteile einzuheimsen.

Aus dem im Dietz-Verlag, Berlin SW 68, zum Preis von 75 Pf. erschienenen Buch von Dr. K. Mendelsohn: „Kapitalistisches Wirtschaftschaos oder sozialistische Planwirtschaft".

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Sechzig Jahre Kampf des Verbandes der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller.

Im Jahre 1872 beschloß ein unter maßgebender Mitwirkung von Ignaz Auer einberufener Kongreß die Gründung des Allgemeinen Deutschen Sattlervereins. Allerdings löste sich der Verband unter dem Sozialistengesetz wieder auf. Aber im Jahre 1889 erfolgte die Neugründung, und die junge Organisation wuchs trotz aller Schwierigkeiten und Schikanen durch Polizei, Behörden und Unternehmer. Im Jahre 1909 schlossen sich die Portefeuiller und 1920 die Tapeziererorganisation dem Sattlerverbande an. Während seines 60jährigen Kampfes hat der Verband seinen Mitgliedern ungezählte Vorteile und Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpft. Wir wünschen ihm zu den alten Erfolgen noch viele neue!

Berichte aus den Zahlstellen.

Höchst a. M. „Krampftagung der RGO." „Die Betriebe werden rote Burgen", unter diesem Motto brachte die „A.-Z.", Frankfurt a. M., vom 10. Juni 1932 eine Aufstellung von Betriebsdelegierten, die an einem von der KPD. in Darmstadt einberufenen Kongreß teilnahmen. Aus den Glanzstoffwerken Kelsterbach mit etwa 1100 Beschäftigten waren angeblich sechs und aus dem J.-G.-Werk Höchst mit über 5000 Beschäftigten vorläufig nur ein Delegierter gemeldet. Man sollte annehmen, wenn von Betriebsdelegierten gesprochen wird, daß auch diese in Betriebsversammlungen gewählt worden sind. Aber weder in Kelsterbach noch in Höchst weiß man etwas von Betriebsversammlungen. Aus Höchst ist uns aber bekannt, daß ein sogenannter Diskutierabend stattfand, in dem am wenigsten die J.-G.-Arbeiter vertreten waren. Auf eine Einladung hatte sich auch Kollege X. dahin verlaufen, und sofort wurde auch er als Delegierter vorgeschlagen. Als diese Ehre von ihm abgelehnt wurde, versta[illegible] man es, ihm klarzumachen, daß auch Andersdenkende auf diesem Kongreß erwünscht seien, um der Arbeiterschaft den ehrlichen Willen der Einheitsfrontmacher zu zeigen. Als nun das nötige Fahrgeld zusammengeschnorrt war, konnte X. am 12. Juni losfahren. Er verspätete sich unterwegs, und als er in Darmstadt eintraf, war der Kongreß bereits im vollen Gange, und X. war ins Präsidium gewählt. Dieser Kollege schildert nun seine Erlebnisse auf dem sogenannten Kampfkongreß folgendermaßen: Der Referent des Tages, ein gewisser Herr Kühne, brauchte drei Stunden, um seine „Weisheiten" an den Mann zu bringen. Daß dabei die freien Gewerkschaften und die SPD. von Anrempelungen allerschlimmster Sorte nicht verschont blieben, ist selbstverständlich. Den bestellten Diskussionsrednern, denen man großmütig fünf Minuten Redezeit einräumte, wurden schon während des Referats hinter den Kulissen ihre Sprüchlein, die sie dann als eigenes Geistesprodukt vortragen sollten, beigebracht. X. sollte nicht über Arbeitsweise und Arbeitsmethoden oder sonstige die Arbeiterschaft aus einem Großbetrieb interessierende Dinge reden, sondern seine Ausführungen sollten sich mit dem Arbeiterrats- und Betriebsratsvorsitzenden der J.-G. beschäftigen. X. lehnte dies ab, mit dem Bemerken, daß hierzu keine Veranlassung vorliege, erklärte sich aber bereit, zu sprechen. Was die „A.-Z." über die gemachten Ausführungen brachte, war weder wörtlich noch sinngemäß richtig. U. a. sprach auch der Führer der KPD.-Opposition Horsens, Galm. Er nahm die Ausführungen des Herrn Kühne sehr scharf unter die Lupe und wies ihm seine Demagogie, betreffend die Gewerkschaftsbewegung, nach, was Galm die stürmische Zustimmung der gesamten Delegierten eintrug. Um den üblen Eindruck zu verwischen, daß auf einer Kampftagung der KPD. und RGO. die eigenen Schäflein einem Gewerkschaftsfaschisten Beifall, ja sogar stürmischen Beifall zollten, erwiderte Kühne auf die Ausführungen Galms und zog eine volle Stunde über diesen sowie über die Gewerkschaften in allen Tonarten her. Die Schlußausführungen Kühnes, daß die KPD. ihren seitherigen Weg weitergehen wird, beweisen, daß der Einheitsrummel der KPD. nur Sand in den Augen aller ehrlich nach Einheit strebenden Arbeiter ist. X., ein langjähriger Gewerkschaftler, war von dieser Kampftagung geradezu erschüttert, die sicher dazu beitrug, nicht nur den Betrug an der Arbeiterschaft zu erweisen, sondern manchen Zweifler gründlich zu heilen. N.

Lübeck. Funktionärkonferenz. Um den Funktionären für die kommenden Ereignisse und Kämpfe Material zu liefern, fand am Sonntag, dem 26. Juni, eine Konferenz der Zahlstelle Lübeck statt. Mit Ausnahme von Pansdorf waren alle Ortsgruppen vertreten. Auch die Betriebsräte waren zahlreich erschienen. Erfreulich ist, daß unter den 55 Teilnehmern sich sieben weibliche Mitglieder befanden. Kollege Partzsch (Hannover) hielt einen mit vielem Beifall aufgenommenen, aufschlußreichen Vortrag über: „Gewerkschaften, Wirtschafts- und sozialpolitische Krise". Bei der Stellungnahme zu den Beschlüssen des Verbandsbeirates, über die Kollege Körner sprach, brachte die Konferenz zum Ausdruck, daß die Beschlüsse notwendig waren, und daß der Vorstand im Interesse der Organisation gar nicht anders handeln durfte. Zur Frage der Agitation sprach Kollege Gampig, er widerlegte die am meisten gebrauchten Ausreden und zeigte neue Wege für die Werbearbeit. Erfreulich ist, daß in den Betrieben unserer Zahlstelle zur Zeit so gut wie keine Unorganisierten vorhanden sind. Nur in der Gummiwarenfabrik in Ah[illegible]bök hapert es noch. Einige Kollegen aus Kiel, die zufällig in Lübeck waren, brachten zum Ausdruck, daß es ihnen eine Freude gewesen sei, den guten Geist der Zahlstelle Lübeck einmal kennenzulernen. Trotz aller schweren Zeiten können wir berichten, daß sich unsere Zahlstelle gut gehalten hat.

Lüneburg. Ein Vierteljahrhundert im Gewerkschaftskampf. Am Sonnabend, dem 18. Juni 1932, ehrten die Lüneburger Fabrikarbeiter ihre alten Kollegen, die 25 Jahre und und länger unserem Verbande angehören. Die Feier fand im Saale des Volkshauses statt. Galt es doch, 39 Kollegen und eine Kollegin zu ehren, die ein Stück Verbandsgeschichte darstellen. Die Freie Gewerkschaftsjugend umrahmte das Fest mit Darbietungen, die mit Begeisterung aufgenommen wurden. Kollege Seidenschnur (Harburg) überbrachte den Jubilaren und den anderen Anwesenden die besten Grüße der Ortsverwaltung Harburg und betonte die enge Verbundenheit Harburgs mit Lüneburg. Er wies auf die im Jahre 1893 erfolgte Gründung der Zahlstelle und auf die Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitszeitbedingungen in der Vergangenheit hin. Er ermahnte die jüngeren Kollegen, den Alten nachzueifern und wie sie dem Verbande stets die Treue zu halten. Kollege Schimachel vom ADGB. begrüßte die Jubilare im Namen des Ortsausschusses und dankte ihnen für die Treue, die sie der Gesamtarbeiterschaft gehalten haben. Die Festrede hielt der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, Kollege Thiemig (Hannover). Den Jubilaren die besten Grüße übermittelnd schilderte Kollege Thiemig den geschichtlichen Werdegang des Verbandes. So mancher Erfolg sei der Arbeiterschaft durch die Organisation beschieden worden. Auch Niederlagen mußten hingenommen werden. Trotzdem strebt der Verband seinem Ziel, die völlige Gleichberechtigung der Arbeiterklasse im Staat und in der Gesellschaft, unbeirrt nach. Jetzt stehen der Arbeiterklasse neue, große Gefahren bevor. Alle Lasten aus der Krise sollen auf die werktätige Bevölkerung abgewälzt werden. Der 31. Juli muß ein großer Kampftag gegen die soziale und politische Reaktion sein. Mit ehrenden Worten gedachte Kollege Thiemig der Jubilare, die 25 Jahre im Kampf um die Interessen der Arbeiterschaft stehen. Er erinnerte an den Zementarbeiterstreik sowie an die Aussperrung im Eisenwerk. Gleichzeitig gedachte er auch der Frauen der Jubilare, die ebenfalls an den Erfolgen und Kämpfen der Organisation teilhaben. Kollege Thiemig schloß mit den Worten: „Wir wollen weiter sammeln und werben für die Organisation! Wir wollen sein ein einig Volk von Arbeitsbrüdern!" Dann überreichte er den Jubilaren die Diplome des Hauptvorstandes sowie die Festschrift „40 Jahre Kampf". Im Namen der Jubilare dankte Kollege Schmidt für die Ehrung. Er erinnerte daran, daß nur Einigkeit und Geschlossenheit in der Arbeiterbewegung den Aufstieg zum Erfolg sichert. Mit einem dreifachen Hoch auf den Fabrikarbeiter-Verband, in das begeistert eingestimmt wurde, fand der Festakt sein Ende.

Andr. Gramulla.

Frauen, her zur Eisernen Front!

Die Eiserne Front führt den Kampf um Freiheit und Recht!

In allen Kämpfen, die die Arbeiterschaft zu führen hatte, war unser Platz an der Seite der Männer. Das ist jetzt notwendiger denn je!

Die politische Freiheit, das höchste Gut eines Volkes, ist bedroht.

Politischer Terror und rohe Gewaltkaten machen sich auf der Straße und im Versammlungsleben breit.

Deutschland hat eine Regierung der Grafen, Barone, der Militärs und Industrieritter. Sie wird von der Nazipartei toleriert.

Diese Regierung machte sehr schnell wahr, was sie angekündigt hatte.

Sie will nicht den „Wohlfahrtsstaat", weil nach ihrer Meinung Unterstützungen an Arbeitslose und Sozialrentner, die diese vor dem Verhungern schützen sollen, „demoralisierend" wirken.

Man nimmt der Arbeiterklasse ihr soziales Recht, auf das Verfassung und Leistung ein Anrecht geben.

Warum?

Weil dieses soziale Recht die Arbeiterschaft wirtschaftlich und moralisch für ihren Kampf gegen Kapitalismus und Reaktion stärkt und sie widerstandsfähiger in der Abwehr macht.

Die Regierung der Barone will mit der Unterstützung der Nazis unter ausdrücklicher Billigung des Herrn Hitler eine Armee von Sklaven züchten, die sich willenlos dem Unternehmertum in der Stadt und auf dem Lande ausliefert.

Das ist der Traum der Reaktion seit alter Zeit, den die Herren mit Hilfe der Nazis jetzt wieder zu verwirklichen suchen.

Und die sogenannte „Nationalsozialistische Arbeiterpartei" sieht schmunzelnd zu!

Sie hat [illegible] den ersten Preis, die Reichstagsauflösung und die Unterstützung der Hitlerschen Privatarmee, bereits in der Tasche.

Was kümmert sie die Unterstützungskürzung für die Rentner und Kriegsopfer, die Salzsteuer, die Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung?

Sie stampfen, angetan mit ihren Notverordnungsjacken, durch die Straßen.

Statt Arbeit und Brot, die sie euch versprochen haben, terrorisieren sie jeden Andersdenkenden und bringen Deutschland immer tiefer ins Elend.

Merkt ihr jetzt, ihr Frauen, um was es geht?

In der Demokratie liegt auch eure politische Freiheit umschlossen.

Das Selbstbestimmungsrecht der arbeitenden Klasse bedeutet aber auch für die Zukunft: Arbeit und Brot, die kulturelle Gestaltung unseres Lebens, das Glück unserer Familie, die Zukunft unserer Kinder, unsere, der Frauen, soziale und rechtliche Stellung im Staat und in der menschlichen Gesellschaft.

Ihr Hausfrauen und Mütter, ihr berufstätigen Frauen! Um euer Schicksal geht es!

Die soziale Entrechtung in der Erwerbslosenversicherung bedroht euch als Hausfrauen und als Berufstätige!

Die generelle Schmälerung der Bezüge in der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung zeigt, daß man die arbeitende Klasse mit Bettelpfennigen abspeisen will. Aus dem Rechtsanspruch soll das Almosen werden.

Wo Gewalt und Terror die vorherrschenden Elemente des politischen Lebens werden, da ist kein Platz für die Beachtung menschlicher Würde!

Wir Frauen der Arbeiterklasse bilden von jeher eine Schicksalsgemeinschaft mit der modernen Arbeiterbewegung.

Wir Frauen protestieren gegen die Mordmethoden braunter Terrorbanditen.

Wir Frauen stellen uns an die Seite unserer Männer, weil uns das Solidaritätsgefühl mit der kämpfenden Arbeiterschaft verbindet.

Wir kämpfen gegen den Faschismus, für die Freiheit.

Wir kämpfen gegen den Kapitalismus, für den sozialistischen Staat aller arbeitenden Menschen.

Frauen, her zu uns!

Kämpft mit uns in den Reihen der Eisernen Front! Auf jede einzelne kommt es an.

Freiheit!

Frauenbüro der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Arbeiterinnensekretariat des ADGB.
Die Frauen des Afa-Bundes.
Frauenausschuß der Zentralkommission für Arbeitersport.

Zahlstelle Zittau
schon wieder
32 Neuaufnahmen.
Den Feinden von links und rechts zum Trotz
immer vorwärts!

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3a und d in Verbindung mit § 14 Ziffer 2 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Goch: Tenhaaf, Mitgl.-Nr. S II 538 517.

Literarisches.

„Deutschland zwischen Gestern und Morgen", von Frau Prof. Dr. Anna Siemsen. Urania-Freidenker-Verlag G. m. b. H., Jena, 1932. Mit 26 zeitgeschichtlich wertvollen Aufnahmen, Halbleinen 4 Mk. Anschaulich wie ein Film entsteht das Bild einer Stadt, einer Landschaft, rollen Wandlungen im Lauf der Jahrhunderte ab und alles erscheint in ganz neuem Anblick. Alles wird mit offenen Augen gesehen und so wiedergegeben, daß es der Leser miterlebt. Jedes Kapitel, jeder Satz fesselt, denn nirgends wird langweilig doziert, sondern die ganze Darstellung ist durchsetzt mit schlagend Anekdotischem, überall offenbart sich eine ungewöhnliche Fülle des Wissens auf geschichtlichem, geographischem, kulturhistorischem und wirtschaftlich-gesellschaftlichem Gebiet.

Dr. Sigmund Neumann: „Die deutschen Parteien". 138 Seiten. Preis 5 Mk. Organisationspreis für freigewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer und für Mitglieder der SPD. 2,50 Mk. Verlagsgesellschaft des ADGB., Berlin 14, Inselstraße 6a. Diese wertvolle Schrift gibt eine sachliche Gesamtdarstellung der deutschen Parteien der Nachkriegszeit. Die geschichtlichen Wurzeln, die ideologischen Traditionen und die soziologische Struktur der Parteien werden in klarster Weise dargestellt. Eine neue, überraschende Beleuchtung erfährt die Krise des parlamentarischen Systems. Es ist ein Genuß, das Buch zu lesen.

„Götter stürzen", Roman von Felix Scherret. Urania-Freidenker-Verlag. Jena. 1932. 224 Seiten. Kartoniert 2 Mk., Ganzleinen 2,80 Mk. Stets waren es Kapital, politische Reaktion und Kirche, die das gegenwärtige System schützten und sich mit allen Mitteln gegen den Fortschritt wandten. Scherrets Roman nimmt seinen Stoff aus diesem Geschehen und deckt die engen Beziehungen auf, die zwischen diesen drei Elementen bestehen.

Ein neuer Ibanez: „Die Bodega". Der Spanier Vicente Blasco Ibanez war ein glühender Republikaner, und er hatte gehofft, die Ausrufung der Republik noch zu erleben. Der Sturz der Monarchie den er vorbereiten half, ereignete sich kurze Zeit nach seinem Tode. Der neu erschienene Roman „Die Bodega", in Leinen gebunden 2,70 Mk. für die Mitglieder der Büchergilde Gutenberg, atmet einen unversöhnlichen Haß gegen die herrschende Gesellschaft in diesem Falle gegen die mächtigen Landbesitzer und die Herren der Weinberge und die ihnen behilfliche katholische Kirche. Andalusien mit seinen von ihrem Blut und ihren Traditionen hingerissenen Zigeunern und verlotterten Adligen, seinen verzweifelt um Land und Brot kämpfenden Tagelöhnern, seinen tollkühnen Schmugglern und seinen Rebellen, steht bei der Lektüre dieses Buches packend vor uns auf. Die Erbitterung und die Not treiben die Proletarier der Provinz zum Aufstand, aber die schlecht vorbereitete Aktion bricht zusammen. Wieder sinken die Entmutigten in ihren apathischen Zustand zurück, und ihr Trost ist der Wein, der sie ihre Lage vergessen macht. Nur wenige halten den Kopf hoch und warten auf die soziale Befreiung, die sie besonders von den großen Städten und Industriearbeitern erhoffen.

„Staatsbürger, nun wirbt um dich!" Industrieverlag Spaeth & Linde, Berlin W 10, Genthiner Straße 42. Eine Zusammenstellung der Programme der wichtigsten deutschen Parteien. Mit einer Einleitung, einer vergleichenden Übersicht der Parteiziele und einer zahlenmäßigen Übersicht der Parteien. Die 82 Seiten starke Schrift kostet 1,40 Mk.

Beilage zum Proletarier

Nummer 28 — Hannover, 9. Juli 1932 — 41. Jahrgang

Nahrungsmittel-Industrie

Die deutschen Ölarbeiter als Opfer falscher Wirtschaftspolitik.

In Nr. 14 des „Proletariers" haben wir unter der Überschrift „Was geht in der deutschen Ölindustrie vor?" eine kurze Übersicht über die unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse für die Ölarbeiter gebracht. Wir hatten festgestellt, daß in einer Anzahl Ölfabriken Arbeiterentlassungen angekündigt und z. T. auch vorgenommen waren. Zur Begründung für diese Entlassungen wurde von den Betriebsleitungen angegeben, daß nicht so viele Saaten für die Verarbeitung zur Verfügung ständen, da nicht genügend Devisen zur Saateinfuhr bereitgestellt seien. Merkwürdigerweise traten diese Erscheinungen in erster Linie bei den Konzernbetrieben auf. Schon daraus mußten wir die Schlußfolgerung ziehen, daß Devisenschwierigkeiten nicht in erster Linie die Ursache zu dem eingetretenen Arbeitsmangel waren. Konnten wir doch feststellen, daß in einem Betrieb ein Überfluß an Saaten vorhanden war, die Öltanks waren noch voll Öl, und es konnte nicht gearbeitet werden, weil das Öl nicht abging. In anderen Betrieben wiederum fehlte die Saat. Die wirkliche Ursache scheint darin zu liegen, daß die Unilever nach Deutschland mehr Öl und weniger Saaten einführt als seither: Stellen wir die Einfuhr von Ölsaaten der ersten fünf Monate in den letzten vier Jahren gegenüber, dann erhalten wir folgendes Bild:

Es wurden an Ölsaaten in Doppelzentner eingeführt im

Monat	1929	1930	1931	1932
Januar	1 826 740	2 352 140	1 903 288	1 974 546
Februar	1 741 304	2 269 686	1 966 197	1 898 072
März	2 427 276	2 459 607	2 152 501	1 758 395
April	3 193 659	2 188 734	2 452 345	2 097 870
Mai	2 044 646	2 029 073	1 983 140	1 814 648
	11 233 625	11 299 240	10 457 471	9 543 531

Die Gegenüberstellung zeigt, daß in den letzten vier Monaten je Monat die Saateinfuhr viel geringer war als in den vorhergehenden Jahren. Im Januar d. J. war sie noch etwas höher, aber auch wesentlich niedriger als im Januar 1930. Die Schlußzahlen zeigen, daß die Saateinfuhr in den ersten fünf Monaten 1932 rund 1,7 Millionen Doppelzentner niedriger war als im gleichen Zeitraum der Jahre 1929 und 1930. Gegenüber 1931 ist ebenfalls eine Mindereinfuhr von rund 900 000 Doppelzentner vorhanden. Es sind also in den ersten fünf Monaten dieses Jahres bedeutend weniger Saatmengen zur Verarbeitung gelangt als in den ersten fünf Monaten der letzten drei Jahre. Dadurch könnte der Anschein entstehen, daß tatsächlich ein Mangel an Devisen bestanden hat. Das ist aber nur dann richtig, wenn die Öleinfuhr in derselben Zeit nicht gestiegen ist. Denn auch für das eingeführte Öl brauchen wir Devisen. Stellen wir die Einfuhrzahlen für Öl aus den letzten vier Jahren für die gleichen Monate gegenüber, dann ergibt sich folgendes:

Es wurden an Öl in Doppelzentner eingeführt im

Monat	1929	1930	1931	1932
Januar	51 755	58 402	44 054	79 503
Februar	23 980	54 629	61 064	68 439
März	37 474	66 962	56 878	87 505
April	59 509	81 691	53 792	156 301
Mai	66 694	86 506	74 193	86 872
	239 412	348 190	289 981	478 620

Hier zeigt die Entwicklung genau die entgegengesetzte Tendenz. Die Öleinfuhr war in den ersten fünf Monaten 1932 gut doppelt so hoch als in den ersten fünf Monaten 1929. Sie war viel höher als in den ersten fünf Monaten der Jahre 1930 und 1931. Nun sind zur Öleinfuhr auch Devisen erforderlich. Neben dem Öl werden aber Ölkuchen eingeführt. Auch diese Einfuhr erfordert Devisen. Eine Devisenersparnis kommt also bei der Öl- und Ölkucheneinfuhr nicht in Frage. Im Gegenteil, führen wir Öl und Ölkuchen ein, dann brauchen wir mehr Devisen, als wenn wir Saaten einführen und daraus Öle und Ölkuchen herstellen, denn wir müssen in dem Fertigprodukt auch die Arbeitskraft mit Devisen bezahlen, die für die Herstellung von Öl und Ölkuchen erforderlich war.

Die Saatverarbeitung in der deutschen Ölindustrie ist also erheblich zurückgegangen. Dadurch ist auch die Arbeitsmöglichkeit in den deutschen Ölfabriken gesunken. Die Öleinfuhr ist erheblich gestiegen, wir führen also anstatt Rohstoffe mehr Fertigfabrikate ein, und unsere Arbeiter liegen auf der Straße. Das ist, wirtschaftlich betrachtet, Unsinn. Wo liegen nun hierfür die Ursachen? Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß sich der Zusammenschluß der beiden Konzerne Jurgens & Prinzen und van den Bergh und die Errichtung der Unilever sehr leicht zum Schaden der deutschen Ölarbeiter auswirken könne. Der Beweis liegt, wie wir gesehen, schon vor.

Bereits im letzten Jahre ging die deutsche Ölausfuhr wesentlich zurück. Das dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß die Konzernbetriebe nicht mehr soviel Saaten im Schlaglohn oder im Veredelungsverfahren für das Ausland verarbeiten, wie das früher der Fall war. Durch den internationalen Zusammenschluß hat die Unilever in vielen Ländern Betriebe erhalten, in denen die früheren Konzerne keine Ölfabriken hatten. Dadurch ist eine gewisse Abwanderung der Produktion aus den deutschen Ölfabriken, soweit sie zur Unilever gehören, in die ausländischen Betriebe erfolgt. Soweit wir unterrichtet sind, hat die Unilever ein Gesamtkontingent an Devisen für Deutschland. Die Unilever führte aber bisher schon nicht nur Saaten, sondern auch Öle ein. Entweder haben nun die zuständigen Behörden mehr Devisen für die Öleinfuhr und weniger für die Saateinfuhr freigegeben, oder es werden Devisen, die für die Saateinfuhr bewilligt worden sind, zur Öleinfuhr benutzt. Trifft letzteres zu, dann kann hierfür nur die Unilever in Frage kommen. Die freien Ölfabriken haben ein Interesse daran, daß ihre Betriebe in Deutschland beschäftigt werden. Die Unilever aber hat fast in allen Ländern Ölfabriken. Die Betriebe der Unilever wurden in den letzten Jahren technisch gut ausgebaut, so daß sie sowieso nicht voll beschäftigt werden. Der Unilever ist es gleich, ob ihre Betriebe in Deutschland oder in anderen Ländern voll arbeiten; sie kann aber, wenn sie nur Öl einführt, ihr Devisenkontingent besser ausnutzen, und sie tut es.

Für die Unilever spielt das Ölkuchengeschäft eine untergeordnete Rolle. Für sie ist die Hauptsache, daß sie ihre Margarinefabriken mit Öl versorgt. Führt sie statt Saaten Öle ein, dann kann sie ihr Devisenkontingent besser ausnutzen, als wenn sie Saaten, die Öl und Kuchen enthalten, einführt. Ob die deutsche Arbeiterschaft Arbeit hat oder nicht, das ist dem internationalen Konzern gleichgültig, den deutschen Ölarbeitern jedoch nicht.

Die deutschen Ölarbeiter, namentlich diejenigen in den Konzernbetrieben, arbeiten seit zirka 1½ Jahren und z. T. länger, verkürzt. In vielen Betrieben wird nur 24 Stunden je Woche gearbeitet. Die Leistungen in den Betrieben sind enorm gesteigert, die menschliche Arbeitskraft wird bis zum äußersten ausgenützt. In vielen Betrieben wird in der verkürzten Arbeitszeit ebensoviel geleistet wie früher in der längeren Arbeitszeit. Nimmt nun die Saatverarbeitung in Deutschland mehr ab, wie das in den letzten Monaten geschehen ist, dann sind weitere Betriebseinschränkungen zu erwarten. Also, entweder noch kürzere Arbeitszeit oder Entlassungen.

Durch eine richtige Devisenbewirtschaftung kann das verhindert werden. Es muß verlangt werden, daß wir in erster Linie Rohstoffe einführen und diese in Deutschland veredeln, damit wir Arbeit haben.

Von den Devisenbewirtschaftungsstellen muß verlangt werden, daß sie nachprüfen, ob die zur Rohstoffeinfuhr bewilligten Devisen auch hierfür benutzt werden. Wenn nicht, dann muß es durchgesetzt werden. Es darf nicht in das Belieben einer großen Konzernleitung gestellt werden, wie sie ihre Devisen verwendet. Das Heer der Arbeitslosen ist in Deutschland wirklich groß genug. Es ist nicht nötig, daß es durch falsche Maßnahmen noch mehr vergrößert wird. Wiederholt ist diese Forderung an die zuständigen Stellen gerichtet worden. Wann wird sie endlich durchgeführt?

E. Senkfeil.

Zahlstellenleiter-Konferenz Gau 4.

Die Konferenz tagte am 12. Juni in Rostock. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Organisation in der jetzigen Zeit. Referent: Kollege Thiemig (Hannover). 2. Die Lohnbewegung in der Ziegelindustrie. Referent: Kollege Karow (Stettin). 3. Agitation und Verschiedenes. Kollege Wiesenhütter (Stettin) heißt die Vertreter willkommen. Die Konferenz beschließt, daß Punkt 2 als erster, die Punkte 1 und 3 als Punkt 2 zusammengefaßt vom Kollegen Thiemig behandelt werden.

Kollege Karow streift in seinem Referat gleichzeitig die Verhältnisse der übrigen Industrien. Hinsichtlich der Ziegelindustrie führt er aus, daß das Schlichtungsverfahren im Juni vorigen Jahres eine Senkung der Löhne um 2 Pf. brachte. Am Ende des Jahres wurden auf Grund der 4. Notverordnung die Löhne nochmals gesenkt und bis zum 30. April 1932 mit monatlicher Kündigung festgelegt. Bei der Ziegelindustrie kann wahrlich nicht behauptet werden, daß die Löhne überhöht sind. Trotzdem kündigten die Unternehmer auch in diesem Jahre den Tarif. Vom Syndikus des Arbeitgeberverbandes erfuhr Kollege Karow, daß die Stundenlöhne um 12 Pf. herabgesetzt werden sollten. Die Arbeitgeber warteten die Verhandlungen gar nicht ab, sondern setzten einseitig die Löhne auf 40 bis 52 Pf. je Stunde fest. Doch verzögerten sich die Verhandlungen. Erst am 26. Mai fand die Schlichtungsverhandlung in Schwerin statt. Das Ergebnis war ein Lohn in der Spitze mit 60 Pf. Die Senkung beträgt somit 4 Pf. Eigenartigerweise wurde der Schiedsspruch von den in Arbeit stehenden Kollegen angenommen, von den Kollegen, die noch nicht im Betrieb waren, jedoch abgelehnt. Die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches durch den Schlichter ist zwar beantragt, bisher jedoch nicht ausgesprochen worden. Ein Schlichter erklärte, er könne nicht päpstlicher sein als der Papst. Die Arbeitgeber zahlen bisher die von ihnen festgesetzten Löhne. Sie haben jedoch versprochen, die sich evtl. durch die Verbindlichkeitserklärung ergebende Differenz nachzuzahlen. Trotz vieler Bedenken, die zweifellos vorhanden sind, warnt Kollege Karow vor einem tariflosen Zustand. Er schildert als warnendes Beispiel die Verhältnisse der Kreidearbeiter auf Rügen. Hier gingen die Arbeitgeber dazu über, frühere Akkordarbeit im Stundenlohn verrichten zu lassen. Sie verlangten jedoch im Stundenlohn eine Leistung, die fast die gleiche wie im Akkord war. Für die Kollegen ergab sich hierdurch eine Lohnminderung, die teilweise mehr als 50 Prozent ausmacht. Wenn es gelingt, zu einer Einigung zu kommen, dann kann von Arbeitgeberseite nicht mehr einseitig diktiert werden. Kollege Karow geht zu den Bestimmungen des Mantteltarifvertrages über und ist auch der Ansicht, daß manches schlecht ist. Urlaub kommt kaum noch in Frage, da die Kampagne keine fünf Monate mehr dauert. Trotzdem stellt die Akkordbasis immer noch eine für die Arbeiter günstige Position dar. Gleichzeitig sieht der Mantteltarifvertrag weitgehendes Mitbestimmungsrecht für die Betriebsvertretung vor. Es muß jedoch gesagt werden, daß bedauerlicherweise vielfach kein Betriebsrat gewählt wird und der Arbeitgeber allein bestimmen kann.

Der 5-Städte-Vertrag wurde seinerzeit von den Kollegen abgelehnt, von den Arbeitgebern angenommen. Die von den Arbeitgebern beantragte Verbindlichkeit wurde von den Kollegen mit Erfolg bekämpft und daher nicht ausgesprochen. Jetzt sind die Rollen vertauscht. Wir stellten den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung, von den Arbeitgebern wurde der Antrag jedoch bekämpft.

Anschließend behandelt Kollege Karow noch in kurzen Zügen die Verhältnisse in Bützow, die der Rostocker Wäschereien und die Verhältnisse in Barth. Zusammenfassend erklärt er, daß sich für unsere Kollegen die Krise schlimmer auswirkt als für die übrigen.

Am Schlusse seiner Ausführungen warnt Kollege Karow vor dem Beitritt zu den Ersatzkrankenkassen. Die Anmeldung bei einer derselben durch den Arbeitgeber kann nur mit der Zustimmung des Kollegen erfolgen. Es muß dringend geraten werden, diese Zustimmung nicht zu erteilen.

Kollege Wiesenhütter gab bekannt, daß 24 Zahlstellen mit 54 Vertretern anwesend sind. Nicht vertreten sind 8 Zahlstellen. Bedauerlicherweise befanden sich unter diesen auch solche, deren Lokalkassenbestand es erlaubt, die Konferenz zu beschicken. Außer den Zahlstellen von Mecklenburg sind von Pommern die Zahlstellen Barth und Stralsund vertreten.

In der Debatte schildert Kollege Beug (Barth) die Verhältnisse seines Ortes.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung führt Kollege Thiemig (Hannover) etwa folgendes aus: Die Stärke der Arbeitgeber besteht im wesentlichen darin, die Einheit der Arbeiterschaft zu zerreißen. Mit der Parole „Teile und herrsche" haben sie bisher immer große Erfolge gehabt, politisch wie auch wirtschaftlich. Es ist beschämend für uns, wenn festgestellt werden muß, daß die Presse zu 11 Zwölfteln im Besitze der herrschenden Klasse und nur ein Zwölftel im Besitze der Arbeiterschaft ist. Es braucht nicht betont zu werden daß es sich bei fast 6 Millionen Arbeitslosen schlecht kämpft. Ein Grund zur Mutlosigkeit ist jedoch nicht vorhanden. Der Wille zur Einheitsfront ist gut; er muß aber getragen werden von dem Gedanken: Wie verbessern wir die Lage der Arbeiterschaft? Es kann nicht angehen, daß Parteien die Einheitsfront als Schild benutzen, hinter dem sie ihre egoistischen Parteiinteressen verbergen. Solange die Kommunisten „als Pfahl im Fleische der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften wirken", kann von einer Einheitsfront nicht die Rede sein.

In bezug auf die Nazis ist zu sagen, daß sie, wenn sie auch nur zu einem kleinen Teil sozialistisch wären, nicht im Reichstag einen Antrag der Sozialdemokratischen Partei ablehnen durften, der u. a. vorsah, daß alle Vermögen über 500 000 Mk. einer Einkommensteuer von 20 Prozent unterworfen werden sollten. Obwohl sie zur Zeit teilweise regieren und ihren „Sozialismus" durchführen können, haben sie noch nichts für die Arbeiter getan. Auch von unserer jetzigen Regierung hat die Arbeiterschaft nichts Gutes zu erwarten. Unsere deutschen Industriellen arbeiten jetzt gegen den Wohlfahrtsstaat, aber nur insoweit, als dieser auch den armen Volksgenossen eine notdürftige Existenzmöglichkeit gegeben hat. Die Riesensubventionen für Industrie und Landwirtschaft werden schamhaft verschwiegen. Während der Krise sehen sie ihre vornehmste Aufgabe darin, die Lasten den ärmsten Volksgenossen aufzubürden, damit ihr Privatbesitz erhalten bleibt, mögen darum auch Millionen von Volksgenossen hungern. Als Ursache der jetzigen Krise pflegen sie insbesondere die Reparationen heranzuziehen, wenn sie nicht gerade die Arbeiter und den Marxismus verantwortlich machen. Wenn die Reparationen schuld sind, müßten sich die Verhältnisse im letzten Jahr, in dem wir keine zahlten, gebessert haben. Außerdem sind die Siegerstaaten von der Krise gleichfalls betroffen, obwohl sie keine Reparationen zahlen. Auch der Faschismus hat Banken stützen und starke Eingriffe in die Wirtschaft vornehmen müssen.

Was uns not tut, ist Arbeitsbeschaffung durch Verkürzung der Arbeitszeit und Schaffung zusätzlicher Arbeit. Arbeitsmöglichkeit ist genug vorhanden. An die Regierung Papen richtet sich unsere Forderung auf Versorgung der Arbeitslosen, zu der sie auf Grund des Artikels 163 der von ihr beschworenen Reichsverfassung verpflichtet ist.

Unser Verband hat ungeheure Summen zur Unterstützung seiner notleidenden Mitglieder aufgewendet. In den Jahren 1930 bis 1931 wurden je 11 Millionen Mark für diesen Zweck ausgegeben. Je Mitglied betrug die Unterstützung im Jahre 1930 24,50 Mk., 1931 26 Mk.; allein für Invalidenunterstützung wurden im Jahre 1930 etwa 1¼ Millionen Mark, im Jahre 1931 bereits etwa 2 Millionen Mark ausgegeben. Da die Einnahmen im Jahre 1931 um etwa 5½ Millionen Mark zurückgegangen sind, die Ausgaben jedoch in der gleichen Zeit noch stiegen, wurde eine Neuregelung zwingendes Gebot. Die Durchschnittsarbeitslosigkeit bei der Festsetzung der Unterstützungen betrug auf dem Verbandstag in Leipzig 1925 = 7 Prozent, auf dem Verbandstag in Hamburg 1928 = 8 Prozent, auf dem Verbandstag in München 1931 = 32 Prozent, zur Zeit beträgt sie 43 Prozent. Wenn diese Entwicklung zugrunde gelegt worden wäre bei der Bemessung der Unterstützungssätze, dann hätten die Sätze noch wesentlich stärker herabgesetzt werden müssen, als es geschehen ist. Auf alle Fälle muß die Kampfkraft der Organisation auch in finanzieller Beziehung erhalten bleiben. Die Maßnahmen des Verbandsbeirats sind als Notmaßnahmen gedacht, die aufgehoben und durch bessere Bestimmungen ersetzt werden sollen, wenn die Finanzlage es gestattet. Aufklärung und Werbearbeit muß jetzt wie früher unsere vornehmste Aufgabe sein. Nur mit der Änderung des Organisationsverhältnisses in unserem Sinne ändern wir auch die Machtverhältnisse und damit unsere wirtschaftliche Lage.

Die Anwesenden verzichteten auf eine Diskussion, um den Eindruck der trefflichen Ausführungen nicht abzuschwächen. Kollege Wiesenhütter schloß mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung die Konferenz.

Zahlstellenleiter-Konferenz Gau 7.

Unsere letzte Zahlstellenleiter-Konferenz in Waldheim in Sachsen hatte sich die Aufgabe gestellt, den erschienenen 69 Delegierten eingehend Bericht über die dem Beirat vorgelegten Anträge und die von diesem gefaßten Entschließungen zu erstatten. An der Tagung nahm vom Hauptvorstand Kollege Geiger teil.

Die Berichterstattung über die Beratungen des Verbandsbeirates hatte Kollege Siegmund (Chemnitz) und den Bericht über die beschlossene Statutenänderung Kollege Schumann (Leipzig) übernommen.

Kollege Siegmund (Chemnitz) gab eingehend Aufschluß über den dem Verbandsbeirat durch Kollegen Thiemig erstatteten Geschäftsbericht in bezug auf Wirtschaftslage, politische Situation, Arbeitsbeschaffung und Verwaltungsmaßnahmen im Verband sowie über die Referate des Kollegen Partzsch über „Lohn und Tarifpolitik" und des Kollegen Geiger über „Agitationsmaßnahmen im Verband".

Vom Kollegen Schumann (Leipzig) wurde über die dem Beirat vorgetragene Finanzlage des Verbandes und die vom Beirat gefaßten Beschlüsse auf Abänderung des Statuts in unseren Unterstützungseinrichtungen sowie über sonstige Verwaltungsmaßnahmen berichtet.

In der Diskussion kam trotz Gegensätzlichkeit der Auffassung einzelner Delegierten der einmütige Wille zum Ausdruck, daß diese Maßnahmen nötig seien, um den Verband über diese schwere Zeit hinwegzubringen und ihn schlagkräftig zu erhalten.

Kollege Bieber (Waldheim) hielt die Einschränkung der Bildungskurse für eine falsche Sparmaßnahme und riet, mehr als bisher in gegnerischen Versammlungen unsere Anschauung zum Ausdruck zu bringen.

Kollege Teichmann (Bad Lausick) meinte, die Invalidenunterstützung müsse dem Staat überlassen bleiben.

Kollege Nickel (Heidenau) brachte zum Ausdruck, daß es unverständlich sei, daß die Sparmaßnahme nicht auf die Zusammenlegung der Zeitungen ausgedehnt wird.

Sehr beachtenswert war die Entgegnung des Kollegen Geiger. In klaren und allgemein verständlichen Ausführungen ging er auf die Stellung des Hauptvorstandes in der Frage der Statutenänderung und auch auf die von ihm dem Beirat vorgeschlagenen Agitationsmaßnahmen ein. Sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Situation erheische die stärksten Anstrengungen, um das Geschaffene zu erhalten und auszubauen.

Kollege Bulke (Dresden) setzte sich in leidenschaftlicher Form für die Stellungnahme des Keramischen Bundes in der Frage der Zusammenlegung der Zeitungen ein.

Zum Schluß der Konferenz wurde vom Kollegen Häppner auf die Bedeutung der Reichstagswahl hingewiesen und aufgefordert, die ganze Kraft der Gewerkschaftsbewegung gegen die Angriffe der Reaktion einzusetzen. Mit dem Appell zu einigem Zusammenstehen, um die bevorstehenden Kämpfe erfolgreich überstehen zu können, wurde die Konferenz geschlossen.

Richard Mager.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Anilin

Roman von Fritz Molinar

27. Fortsetzung.

Unterdessen waren sie wieder aus dem Walde herausgetreten. Wenige Kilometer voraus qualmten die trotzigen Kamine der Fabrik ihre rußigen Rauchmassen in die Luft. Rudolf blieb wie gebannt stehen. „Dort, Sanny, diese Kamine und darunter die Fabrik sind es, welche all das Gute und Schöne verkümmern lassen. Dort unter dem grauen Ziegelmeer herrscht nicht die Liebe und auch nicht die Güte, welche den Menschen erst über das Tier hinaushebt. Dort regiert die kalte, häßliche Selbstsucht, die, mit dem Profit vermählt, das Elend, die Not, den Hunger und die Sorge an ihrem hartherzigen Busen nährt.

In diesen stickigen Gifthöhlen schindet man unter dem Protektorat des geheiligten Profits die Körper der Arbeiter, prügelt ihre Seelen, zwängt und kettet ihren Willen unter den Willen profitsüchtiger Protektoren dieser Gesellschaftsordnung. Unmöglich kann hinter solchen Mauern und Toren der Geist und auch der Körper eines Menschen sich voll entfalten. Eingezwängt zwischen schmutzigen Bütten und rostigen Schmelzkesseln vegetiert der Mensch durch die Tage und Jahre solcher Fron, bis er zuletzt ermattet und verbraucht am Ende seines armseligen Daseins ebenfalls schmutzig und verrostet am Wege liegen bleibt. Niemals darf er sich recken und strecken. Tut er es trotzdem, dann stößt er oben an, wider die Eisenrohre, Stahlwellen, Schwungräder, Balken und Eisenmasten. Bückt er sich nicht, dann erfaßt ihn irgendeine Transmission und schleudert ihn dem Gevatter Tod in den Rachen. Und noch schlimmer geht es dem Willen der Arbeiter, der wird noch mehr geschunden, gewürgt und gefesselt als der Körper. Der muß sich bücken und winden, in die hinterste Zelle der Gehirnhaut muß er sich verkriechen, er darf niemals merken lassen, daß er auch noch da ist, sonst stößt er gegen die Stahlträger der Fabrikordnung, gegen die Zahnräder der übergeordneten Antriebsmotoren. Und dann erfaßt ihn das Schwungrad der Nationalisierungswelle und schmeißt ihn samt seinem Körper in weitem Bogen auf die Straße. Weißt du nun, mein Mädchen, warum ich manchmal so traurig sein kann, so traurig, als ob mich all die Not und das Elend unserer ganzen Klasse gepackt hätte? Die harten Quadern dieser lieb- und freudlosen Gesellschaftsordnung lasten auf mir wie schwere Mühlsteine. Hätte ich da nicht eine Genossin, die mir Mut und neue Kraft gibt, ich erstickte unter dieser Last." Liebevoll nahm er sie in seine Arme und küßte ihren warmen Mund. „Du Genossin meiner Liebe, meines Lebens, du Kampfgefährtin meiner Partei und meiner Gewerkschaft, ich liebe dich", flüsterte er zärtlich.

Sie sagte nichts mehr, schmiegte sich wortlos erschauernd an seinen Körper, voll heißer Wünsche und fraulichem Sehnen.

Wie hoch aufgerammte Warnungssignale standen die Kamine jetzt im schattengrauen Rund des Firmaments. Eine schwarze Wolke wälzte sich schwerfällig voran. An ihrem äußersten Rand spiegelte der blaßgoldene Schein der Mondsichel wie das schmerzlich-glückliche Lächeln einer jungen Mutter. Gleich darauf gab die Wolke die Mondsichel frei.

„Wie bezaubernd still und schön", sagte Sanny ganz leise.

„Ja, wie eine frische Wunde steht der Mond über den Kaminen", sagte er gedankenvoll.

Sie gingen weiter. Im Lichtkegel der ersten Straßenlaterne begegneten sie einen jungen Mann, der sich hastig an ihnen vorbeidrückte. Auch Rudolf blickte absichtlich zur Seite. Sanny zupfte an seinem Arm: „War das eben der Kastner Robert, der da vorbeiging?"

„Dem Gang nach mag er es gewesen sein", erwiderte Rudolf.

„Grüßt ihr euch nicht mehr? Ihr wart doch Schulkameraden!" forschte Sanny weiter.

„Ich grüße ihn nicht mehr und er braucht es ebenfalls nicht", antwortete er etwas gereizt.

„Warum —, habt ihr etwas miteinander?" drängte sie weiter.

„Nein, wir haben nichts miteinander. Du weißt, er ist Kaufmann, verkehrt in besserer Gesellschaft." Ein ironisches Lachen begleitete diesen letzten Satz. „Wenn er da mit einem Kollegen über den Fabrikhof geht, tut er immer so, als kenne oder sähe er mich nicht, wenn ich ihm irgendwo in meinem schmutzigen Schlosserkittel begegne. Wahrscheinlich soll sein Kollege nicht merken, daß wir zusammen die Schulbank gedrückt haben. Auf der Straße, wenn ich in gutem Anzug bin, na ja, dann grüßt er so von oben herab. Deshalb hab ich ihm neulich unter vier Augen gesagt: ‚Wenn du mich im Schlosserkittel nicht kennen willst, auf der Straße brauchst du es dann auch nicht. Ich will dich nicht in Verlegenheit bringen.' Seit dieser Zeit kennen wir uns nicht mehr."

„Vielleicht täuschst du dich auch? Etwas hoch trägt er sich ja", meinte sie gutmütig.

„Ich täusche mich nicht, Sanny. Diese Leute bilden sich ein, über dem Arbeiter zu stehen, mehr wert zu sein als wir. Deshalb müssen sie Distanz wahren, nicht so nahe und kollegial mit einem Arbeiter verkehren. So ist nun einmal der kleingeistige Spießbürger. Andere mögen das übersehen, ich nicht. Dafür ist mein Klassenbewußtsein zu empfindlich. Der Proletarier der Faust hat es nicht nötig, vor dem Proletarier der Tinte Achtung! zu stehen. Beide sind sich gleich in ihrer Lage und Klasse. Höflichkeit über alles, aber sie darf nicht im Gewand spießbürgerlicher Überheblichkeit stecken."

Rudolf fühlte richtig. Robert Kastner war einer von jenen, die so gern ihre Herkunft verleugnen, wenn sie durch besonders günstige Umstände eine soziale Stufe höher hinaufgeschmissen werden. Seine Herkunft brauchte er ja nicht zu verleugnen. Er stammte aus sogenanntem besseren Hause. Dafür hatte er aber allen Grund, etwas anderes unter den glattgebügelten Falten seines modernen Büroanzuges zu verstecken. Das war seine überspannte Renommiersucht. Nur mit Mühe und Not erhielt er so viel kaufmännische Kenntnisse eingetrichtert, daß er irgendeine einfache Büroschreibmaschine bedienen konnte, dann noch etwas Buchhaltung, Korrespondenz und Rechnen. Er wurde in der technischen Buchhaltung beschäftigt, schrieb Zahlen in ein dickes Kontobuch, musterte Kartotheken, sortierte Bestellzettel oder erledigte sonstige einfache Büroarbeiten. Dafür erhielt er aber Monatsgehalt. Das hört sich vornehmer an als das Wort Lohn, wenn's auch oft nicht viel mehr ist als der Lohn eines Schlossers. Er durfte im Kasino essen. Das war doch eine ganz andere Sache als die Menage der Arbeiter. Er ging ja auch nicht in die Fabrik, sondern ins Geschäft. In seiner Freizeit huldigte er dem Fußballsport. Nicht als aktiver Spieler, sondern er gehörte zu jenen Sportheiden, die bei jedem größeren Match außerhalb des Spielfeldes nach gut bürgerlich-sportmännischer Art dem Nachbar die Kniescheiben eintreten. Kinos und Tanzdielen besuchte er ebenfalls mit Vorliebe. Er war Kavalier, Kaufmann von Beruf und blickte verächtlich auf die Fabrikmädchen. Daß ihn manchmal der Saft im Alkohol unter den Biertisch legte, schadete dem Kavalier absolut nichts. Das gehört doch zum gut bürgerlichen Ton. Um Politik kümmerte er sich nicht, und er war sehr stolz, wenn er das feststellte. Er verstand auch mindestens soviel davon wie der alte Metzger. Trotzdem ehrte er seinen Stand, ging zur Kirche, weil es so Mode ist für einen gesitteten Kaufmann, kam zu einer nationalen Versammlung, damit er gesehen wurde, schrie hurra, wenn geschrien wurde, und schimpfte auf die Arbeiterführer, weil es so üblich war bei den sogenannten Bessergestellten. Von seiner wirklichen wirtschaftlichen Lage hatte er kaum eine verschwommene Ahnung. Klassenbewußtsein war ihm ein fremder Begriff. Sein größtes geistiges Konto hatte er auf der Einbildungsbank.

Fast der größte Teil seiner Kollegen lebte in derselben Atmosphäre. Nur wenige hatten ihre ökonomische Lage erkannt, waren sich bewußt, daß sie zu der großen Armee der Besitzlosen gehörten, die nichts besaßen als ihre Arbeitskraft. Die meisten steckten bis über die Ohren im bürgerlichen Denken, waren eingehüllt vom billigen Weihrauch bürgerlicher Sitte und Moral. Sie fühlten sich gebildeter als ihre Kollegen im Arbeiterkittel und pochten nicht wenig auf diese vermeintliche Bildung. Dabei bestand das Äußere ihrer Bildung höchstens aus einer glattgebügelten Werktagshose mit dem Rock dazu, Stehkragen und Binde, welche das verbrauchte Hemd verdeckten. Innerlich war die Bildung keinen roten Heller mehr wert als diejenige irgendeines geistig indifferenten Arbeiters. Die geistige Bildung und das Wissen Rudolf Geßlers standen weit über solcher Stehkragenbildung. Die politische und gewerkschaftliche Organisation war sehr dürftig, und soweit einzelne Angestellte organisiert waren, zählten sie zu den sogenannten nationalen Verbänden. Natürlich gab es auch wirklich klassenbewußte Angestellte. Die hatten jedoch einen harten Stand und durften ihre Gesinnung nicht frei bekennen.

Der Raum, in dem Robert Kastner arbeitete, war ein Bürosaal. Schreibtisch stand an Schreibtisch. An jeder Tischseite saß ein Mann über Bücher, Hefte und Zettel gebeugt. Die Luft war muffig schwer, mit Aktenstaub und Menschendunst gesättigt. Die Nationalisierungswelle hatte auch sämtliche kaufmännischen Betriebe erfaßt. Jedem einzelnen war seine Sparte zugewiesen; jeder mußte sein bestimmtes Pensum erledigen. Eine durchgreifende Orientierung in allen kaufmännischen Besonderheiten war nicht mehr möglich. Jeder machte gewissermaßen seine geistigen Handgriffe möglichst schnell, genau, fehlerlos und in wenig Zeit. Wirklich geistige Büroarbeit war das nicht mehr, sondern alles war mechanisiert, wurde am laufenden Tische erledigt, in viele kleine Fächer zerlegt. Und je mehr zerlegt und geteilt wurde, desto komplizierter, unübersichtlicher wurde es für den einzelnen. Sankt Bürokratius feierte Triumphe bei der Alfa. Das Buchungswesen wurde schematisiert, das Verrechnungswesen mechanisiert, die Lohnbuchhaltung bis ins kleinste vereinfacht, die Kalkulation auf raffinierte Berechnungsmethoden eingestellt, der Einkauf nach bestimmten Typen und Mustern getätigt. Für jeden Typ und jedes Muster waren verschiedene Konto- und Verrechnungsnummern angesetzt, besondere Zettel erforderlich. Beim Verkauf war es am schlimmsten. Die Aufträge wurden dutzendmal geprüft, verbucht, eingeteilt; aus letzter Hand kamen die Ordres wieder in die erste. Bis der Auftrag zur Ausführung weitergegeben wurde, wußte keiner mehr richtig, was er eigentlich damit zu tun hatte. Hatten sich die Leute eingearbeitet, wurde alles wieder umgeworfen, neu schematisiert und mechanisiert, bis zuletzt auch das Denken und das Leben der armen Angestellten rein mechanisch reagierte. Die Nummern und Zahlen tanzten vor ihnen wie profitbungrige Kobolde, nahmen greifbare Formen an, türmten sich mächtig vor dem gehetzten Geist auf. Nicht mehr die Person stand vor der Zahl, umgekehrt war es, die Zahl stand jetzt vor der Person, so daß das Persönliche ganz zurückfiel und die Person zur Zahl wurde. Ja, die Alfa, von der sie soviel erhofften, hatte auch sie zu Zahlen erniedrigt, die auf besonderen Konten je nach ihren Ausbeutungswerten geführt wurden.

Alle möglichen neuen Maschinen gab es: Schreib-, Rechen-, Stanz-, Buchungs-, Registrier-, Zähl-, Hollerith- und Menschmaschinen. In den Bürosälen herrschte ein Gerassel und Geknatter, daß man sein eigenes Wort kaum verstand. Hier wurde das Arbeiten zur geistigen Quälerei. Enorme Anforderungen an die Arbeitskraft durch fein ausgeheckte Arbeitspläne machten die Leute vorzeitig geistig marode. Die Tippfräuleins tippten sich bis zum Abend die Finger und die Nerven wund. Das war gerade so, als ob das Ende der Welt im Anzuge wäre und vorher müßte alles noch registriert, gebucht und verrechnet werden, um sämtliche Aufträge noch schnell zur Erledigung zu bringen. Jeden Tag war das so; das Hetztempo wurde bis ins Groteske gesteigert. Und manch ein Tag brachte auch das Ende, mal für diesen und dann für jenen. In jedem Bürosaal befand sich ein Glasverschlag. Darin saß ein meist kahlköpfiger Herr, gar oft war es einer aus der altpreußischen Kommißschule, und beobachtete mit Argusaugen, daß sich kein Rücken einmal geradebog. Das war der Bürochef. Jetzt saß auch noch der Abbauminister dabei, multiplizierte, dividierte, addierte Zeit und Personal, und was dann übrig blieb, war einer, manchmal waren es auch mehrere der geplagten Angestellten. Für diese kam dann das Ende. Nämlich das Ende ihres Arbeitsverhältnisses und zugleich der Anfang auf der langen Straße der Erwerbslosigkeit, des Hungers, der Not und des Elends.

Keiner wollte aber bei diesen armen Opfern der Nationalisierungsmaschine sein. Deshalb suchte einer dem anderen zuvorzukommen, ihn zu übertreffen, es besser zu machen. Die Eifrigsten, nennen wir sie die Solidaritätslosen, kamen morgens etwas früher und blieben abends länger im Büro. Die kannten nur das eigene Ich; mochte der Kollege am Tisch auf die Straße geworfen werden, das kümmerte sie nicht. Wenn nur sie gut standen. Da wurde die Überzeugung und Gesinnung verleugnet; der beste Kollege wurde geopfert. Wurde einer zum Chef bestellt, nahm er unter devoten Verbeugungen seinen Auftrag entgegen. Von außen schielten andere auf den Bückdich, damit sie ihn durch gekrümmteren Winkel ihres Körpers übertreffen konnten. So halfen sie mit zu ihrem eigenen Ende, ihr eigenes Los zu verschlechtern.

Mancher einsichtige Angestellte sah das nur zu gut, konnte aber nichts daran ändern, mußte sich widerstandslos unter die Profitpresse legen. Bei den Angestellten wurde eben nicht bloß die Arbeitskraft, sondern auch die Gesinnung rationalisiert. Wer sich nicht zum „nationalen" Gedanken der Arbeitgeber bekennen konnte, mochte seine internationale Gesinnung auf der Straße vor dem Arbeitsamt spazieren tragen.

Bei der Alfa war für ihn kein Platz mehr. Er wurde vor das Tor rationalisiert. Auf dem Arbeitsmarkte herrschte der chronische Stellenhunger bei den Kaufleuten. Da konnte man sich die Zuchtgeeignetsten herauslesen, die mit der einschlägigen Gesinnung und von nationalem Sportgeist getränkt waren. Solche katzbuckelten sich dann schon selbst in das Sklavenjoch der Prozentpatrioten.

Die Angestellten hatten also vor den Arbeitern wirklich nichts voraus. Sie wurden in dasselbe Joch gespannt, waren derselben täglichen Fron unterworfen. Es schmeckte vielleicht nur etwas süßer, um hinterrücks um so giftiger zu wirken. Aus diesem Grunde gehörten sie auch zu derselben Klasse. Nur ahnten es viele nicht, sahen es nicht ein, weil bürgerliches Denken und devoter Standesdünkel an ihnen klebte und in ihnen lebte wie ranzig gewordener Kunsthonig. Ihre Stehkragen — die Arbeiter nannten sie Brandmauer — verdeckten die geistige und materielle Not, unter der auch sie stöhnten und ächzten. Es war wirklich eine Brandmauer, die sich da um ihren inneren Menschen legte, ihnen den klaren Blick in das Getriebe der kapitalistischen Ordnung versperrte und die Sonne der wirtschaftlichen und politischen Freiheit nicht in ihre Seelen ließ.

Trotzdem waren auch sie voll Sehnsucht nach einer neuen, besseren Ordnung. Nur schlummerte sie noch hinter der Brandmauer und dem besseren Arbeiterkittel. Deshalb standen sie wie ein altes Panzerwerk hindernd in der Kampfbahn, auf der der gewaltigste Entscheidungskampf tobte, der je in der Geschichte der Menschheit ausgetragen wurde: der Kampf zwischen Kapital und Arbeit.

Rudolf Geßler hatte sich wieder gesund gemeldet. Zwar war der Ausschlag nicht völlig verheilt. Die angegriffenen Stellen juckten noch unerträglich. Die ätzende Eigenschaft des Chlorschwefels erschwerte den Heilungsprozeß. Aber er und Sanny wollten doch ihre Ausstattung und Einrichtung zusammensparen. Von den Eltern wollten sie nichts, weil die ja selbst nicht viel hatten. Nach Empfang seines restlichen Krankengeldes stellte er fest, daß er einen Tag zu wenig erhalten hatte. Auf seine Beschwerde wurde ihm gesagt, der letzte Sonntag würde nicht als Krankheitstag gerechnet, das sei Beschluß des Kassenvorstandes.

Rudolf kannte aber die Sozialgesetzgebung so gut und besser noch als mancher Kassenangestellte. „Dieser Beschluß ist ungesetzlich, wenn er existiert", erwiderte er dem Schalterbeamten.

„Ich habe mich geirrt, der Ausschuß hat das beschlossen", verbesserte sich der.

„Auch das widerspricht den gesetzlichen Bestimmungen", entgegnete er prompt. „Der Grundlohn wird durch sieben geteilt, die Krankheitswoche beträgt somit sieben Tage, nicht nur sechs. Ich verlange mein Geld, das mir gesetzlich zusteht."

„Es tut mir leid, ich kann es Ihnen nicht geben; gehen Sie zum Geschäftsführer! Es wär mir selbst lieb, wenn Sie die Sache klären würden", erklärte der Beamte bedauernd.

Rudolf besann sich nicht lange und ging zum Geschäftsführer der Betriebskrankenkasse.

„Was wollen Sie?" sagte der mit einer verknöcherten Amtsmiene und ohne von seinem Schreibpult aufzusehen.

„Entschuldigen Sie, Herr Hanfstiel", begann Rudolf höflich, „ich war vier Wochen krank infolge Einwirkung giftiger Chlorschwefeldünste. Von der Krankenkasse erhielt ich zu wenig Krankenunterstützung, und zwar den Betrag für den letzten Sonntag meiner Krankheitszeit."

„Wann wurden Sie gesund geschrieben?" entgegnete Hanfstiel grob.

„Am Samstag. Sonntags hat doch kein Arzt Sprechstunde", erwiderte Rudolf.

„Dann waren Sie sicher schon am Samstag arbeitsfähig. Sie werden gehalten wie jeder andere auch, der Betrag für den Sonntag wird nicht ausgezahlt", sagte er streng. Damit glaubte er den jungen Mann abgefertigt zu haben.

Rudolf jedoch verlangte bestimmt das ihm gesetzlich zustehende Restgeld. „Übrigens", fügte er hinzu, „bin ich auf Wunsch arbeitsfähig geschrieben worden. Der Arzt wollte mich noch nicht freigeben."

Herr Hanfstiel begann magnetisch zu zittern. „Ich sage Ihnen noch einmal, Sie bekommen das Geld nicht, kriegen keine Extrawurst gebraten." „Dann muß ich Beschwerde beim Versicherungsamt einreichen", erklärte nun Rudolf bestimmt. Wie eine flinke Kasperlfigur flog Herr Hanfstiel jetzt von seinem Stuhle hoch. „Was, beschweren? Suchen Sie mir mal die Personalkarte von dem Mann!" platzte er einem Angestellten ins Gesicht. Dieser kam sofort mit einer Karkothekkarte und einem devoten Bückling angerannt. „Schreiben sie sofort an den Arzt! Wir wollen doch sehen, ob der Mann wirklich krank war. Sie können gehen. Das Geld bekommen Sie nicht", schnauzte er, zu Rudolf gewendet.

„Den Tag behalte ich mir vor", erklärte der im Weggehen.

Herr Hanfstiel war geladen wie eine Gewitterwolke. Sein spitzer Knebelbart zitterte wie der eines aufgeregten Geißbocks. Eine solche Frechheit von einem jungen Mann war ihm noch nicht vorgekommen. „So ist die heutige Jugend. Keinen Respekt und nichts besitzen die Kerle mehr. Zucht und Ordnung und alles fehlt ihnen. Aus denen wird im Leben nichts", räsonierte er im Büro herum.

Er war Geschäftsführer der Betriebskrankenkasse und Chef des Büros für Arbeiterangelegenheiten. Außerdem verwaltete er die Unterstützungs- und Wohlfahrtskasse. Sämtliche Angelegenheiten geschäftlicher und privater Natur der Belegschaft gingen ihm durch die Finger. Er kannte die Verhältnisse jedes einzelnen. Wo er sie nicht kannte, schnüffelte er so lange herum, bis er im Bilde war. Die Stärke der Familien kannte er, wußte, wer organisiert war und wer nicht, wer in die Kirche ging und wer zur Sozialdemokratischen Partei gehörte, bei vielen wußte er sogar, wieviel Hühner sie hatten oder wieviel Kartoffeln im Keller lagerten. Er hatte sich einen ganzen Stab von Zuträgern herangebildet. Am besten brachte er es fertig, die Frauen auszuhorchen.

Wo es galt, einem etwas abzuzwacken, war er kleinlich bis zum Äußersten, nahm er einseitig die Interessen seiner Firma gegen die Belegschaft wahr, als ob er alles aus seinem Sack bezahlen müßte. Kam ein Arbeiter, um irgendeine Unterstützung oder um Vorschuß zu beantragen, so mußte er erst seine gesamten Familienverhältnisse bloßlegen. Wem er nicht wohlgesinnt war oder wessen Name auf der Personalkarte mit einem roten Strich gezeichnet war, erhielt überhaupt nichts. Bei der Auslegung der Tarifverträge, bei Akkord- und Prämienzuschlägen schacherte er um jeden roten Heller. Wer nicht den Mut hatte, seine Ansprüche geltend zu machen, kam um manche sauer verdiente Mark. Für seine Zuträger und Günstlinge, ja für solche hatte er immer eine offene Hand. Bei der geringsten Verfehlung eines Arbeiters drohte er gleich mit der Entlassung. Bei der Gewährung von Unterstützung knauserte er, so gut er konnte, war er immer darauf bedacht, das Vermögen der Alfa zu erhalten und zu vermehren. Gar manchmal hätte er einem armen Proleten besser helfen können, wenn er gewollt hätte.

Herr Hanfstiel war ein wohlgenährter Mann, ein Emporkömmling mit einem grauen Spitzbart. Bei der Belegschaft stand er nicht gut. Die Arbeiter hatten ihm eine ganze Portion Beinamen zugelegt. Bartmann, Geißbart, Armenvater, Armenverwalter waren die gebräuchlichsten. Die letzteren stimmten wie angepaßt. Er verwaltete die Armut, die bei den Arbeitern der reichen Alfa ihr beständiges Hauptquartier aufgeschlagen hatte. Ja, er verwaltete sie und tat sein möglichstes, daß sie sich immer in dem Maße vermehrte wie die Dividenden, Tantiemen und Aufsichtsratsentschädigungen seiner Auftraggeber. Ein typischer Fronvogt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Das war Herr Hanfstiel, Prokurist und Bürochef bei der Alfa mit einem Monatsgehalt von ein paar tausend Mark. Da fühlt man freilich nicht das harte Los der Fronpflichtigen und versteht es nicht.

Solche Menschen sind mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung so verwachsen, daß sie nur mit derselben gefällt werden können; denn wenn der eine geht, folgt kein besserer nach.

Wenige Tage später wurde Rudolf telephonisch zur Kasse gerufen. Dort erhielt er den ihm gesetzlich zustehenden Rest seines Krankengeldes. Sein gesetzliches Recht hatte er sich also erkämpft. Dafür war auf seiner Personalkarte ein zweiter roter Strich vermerkt. So war es mit allen gesetzlich geregelten Rechten bei der Alfa. Sie mußten im Betriebe unter allen möglichen schikanösen Nadelstichen neu erkämpft werden. Wehrte sich ein Arbeiter in einem Fall, machte er sich zugleich auch wieder wehrlos für den nächsten. Er wurde unter die unliebsamen Elemente eingereiht, erhielt sein Kennzeichen auf der Personalkarte, war reif für die Schlenkermaschine. Deshalb steckten viele, die meisten, solche kleinlichen Schikanen lieber stillschweigend ein, als daß sie ihre Existenz aufs Spiel setzten. Die Paragraphen der Sozial- und Arbeitsrechtsgesetzgebung standen dann für sie nur auf dem Papier. Die Alfa legte sie in ihrem Sinne, vom brutalen Machtstandpunkt ihres Herrentums aus, so, wie der Profit es verlangte.

Da hatte man nun Arbeitsgerichte, Schlichtungsstellen und andere schöne Arbeiterschutzgesetze. Es hätte sich bei der Alfa einer unterstehen sollen, in einem Streitfall vor das Arbeitsgericht zu gehen. Die ganze Meute der Antreiber hätte sich im Betrieb an seine Fersen gehängt. Über kurz oder lang wäre er in den Maschen der Fabrikordnung hängen geblieben. Es unterstand sich auch keiner, den „guten Ruf" der Alfa vor der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Den einzigen Schutz, den die Arbeiter noch hatten, das war der Arbeiterrat. Dieser konnte wenigstens die gröbsten Ungerechtigkeiten wieder umbiegen.

Es ist doch nichts ärmer, rechtloser, eingezwängter, geknechteter und gefesselter auf der Welt, als so ein körperlich geschundener und seelisch geprügelter Fabrikprolet.

(Fortsetzung folgt.)